

Führich/Staudinger
Reiserecht

Reiserecht

Handbuch des Pauschalreise-, Reisevermittlungs-,
Reiseversicherungs- und Individualreiserechts

Herausgegeben von

Prof. Dr. Ernst Führich

und

Prof. Dr. Ansgar Staudinger

bearbeitet von den Herausgebern und von

Prof. Dr. Charlotte Achilles-Pujol

Prof. Dr. Markus Artz

Dr. Rudi Ruks

Dr. Uta Stenzel

9. neu bearbeitete Auflage 2024



Zitiervorschlag:
Führich/Staudinger ReiseR-HdB/*Staudinger* § 1 Rn. 1

beck.de

ISBN 978 3 406 78689 1

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 9. Auflage

Die Zielsetzung dieses Handbuchs besteht darin, in einem Band ein auf die Bedürfnisse der Praxis bei Gerichten sowie für die Rechtsanwaltschaft und Reiseunternehmen zugeschnittenes umfassendes und systematisches Kompendium für das Reiserecht zu schaffen. Die Umsetzung der EU-Pauschalreise-Richtlinie 2015/2302 durch das dritte Gesetz zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften ist in Folge der Pandemie einem ersten Praxistest unterzogen worden. Vor allem die offenen Fragen des kostenlosen Rücktritts gelangten vor die Gerichte und teils stehen noch Antworten des Europäischen Gerichtshofs aus. Seine Judikatur zwingt in vielen Bereichen zum Umdenken. So hat sich das Verständnis der Minderung bei Reisemängeln grundlegend verändert. Einbezogen ist in die Neuauflage natürlich die reformierte Insolvenzsicherung durch das Reisesicherungsfondsgesetz.

Der Bereich der Luftbeförderung erweist sich als ein Feld, auf dem die Rechtsprechung beginnend mit den Eingangs- und Berufungsinstanzen bis hin zu den Vorabentscheidungen des EuGH überbordend scheint. Beispielhaft zu nennen bleibt der Unfallbegriff bei Art. 17 des Montrealer Übereinkommens und die Haftung für Personenschäden. Aber auch die Reichweite von Entlastungstatbeständen bei der Fluggastrechte-VO hat die Justiz bis hin nach Luxemburg beschäftigt, vor allem im Zuge der COVID-19-Pandemie sowie beim Streik des eigenen Personals vom Luftbeförderer.

Im Bereich der Hotelbeherbergung und Ferienhaummiete war die Pandemie ebenso Auslöser für zahlreiche Streitfragen. Dies gilt nicht minder mit Blick auf den Vertragsabschluss im Internet im Lichte der „Button-Lösung“. Das vorliegende Werk gibt für die Praxis verwertbare Antworten. Dies gilt ebenso in Bezug auf Rahmenbedingungen bei der Kurzzeitvermietung an Touristen („Airbnb“).

Für weitere Rechtsquellen versteht sich das Handbuch als Ratgeber, wie etwa mit Blick auf die **Fahrgastrechte-Verordnung**, die im neuen Gewande seit diesem Sommer in Kraft getreten ist. Auch angrenzende Bereiche wie die Umsetzung der Warenkauf- und digitale Inhalte-Richtlinie sind mit bedacht worden.

Im **Wettbewerbsrecht** haben beispielsweise das Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht sowie die Novelle zur Preisangabenverordnung (PAngV) Eingang in die Bearbeitung gefunden.

Für reisespezifische Versicherungsprodukte zeigen sich ebenso Veränderungen durch einschlägige Judikatur zu Definitionen versicherter Ereignisse sowie Risikoabschlussklauseln.

Das Reiserecht erweist sich damit als Zusammenspiel von europäischen, völkervertragrechtlichen Quellen sowie dem deutschen Zivilrecht. Überdies handelt es sich um eine ungemein dynamische Materie, getrieben durch Reformen auf (supra)nationale Ebene und beeinflusst durch EuGH-Judikatur.

Ein derart komplexes und sich stetig veränderndes Rechtsgebiet lässt sich besser in einem **Team** aufbereiten und aktuell halten. So ist erstmals mit der 9. Auflage das Reiserecht auf mehrere und damit breitere Schultern gestellt worden. Nunmehr wirken neben den Herausgebern mit: **Charlotte Achilles-Pujol, Markus Artz, Rudi Ruks und Uta Stenzel**. Diese Verstärkung im Autorenteam bietet Ihnen nunmehr ein Werk aus einem Guss, allerdings mit aktualisierten und tiefeschürfenden Einzelpartien in der Verantwortlichkeit verschiedener Autorinnen und Autoren.

Besonderer Dank gebührt den Mitwirkenden des Lehrstuhls Staudinger: Leah Arensmann, Isabel Beiderwieden, Jan Busse, Isabell Fiorito, Gianna Krauß, Linda Lübbers, Katy

Vorwort

Runge, Luca Sprick, Timon Sprute, Emilie Voth und Fabian Wünnerke. Dank gilt auch der Lektorin Astrid Stanke für die jederzeitige Unterstützung.

Einen erkenntnisreichen Lesegenuss wünschen Ihre Herausgeber

Kempton (Allgäu) und Bielefeld im Januar 2024 Ernst Führich und Ansgar Staudinger

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Bearbeiterverzeichnis	LIII
Verzeichnis der Schaubilder	LV
Abkürzungsverzeichnis	LVII
Literaturverzeichnis	LXV

1. Teil. Reisevertragsrecht

1. Kapitel. Grundlagen des Reisevertragsrechts

§ 1 Entwicklung des Reisevertragsrechts	1
§ 2 EU-Pauschalreiserichtlinie	21
§ 3 Pauschalreiserecht und Allgemeine Geschäftsbedingungen	56
§ 4 Internationale gerichtliche Zuständigkeit und anwendbares Recht	62

2. Kapitel. Pauschalreiserecht (§§ 651a–y BGB)

§ 5 Pauschalreisevertrag (§ 651a)	97
§ 6 Verbundene Online-Buchungsverfahren (§ 651c)	153
§ 7 Gastschulaufenthalte (§ 651u)	157
§ 8 Abgrenzung zur Vermittlung (§ 651b)	169
§ 9 Vorvertragliche Informationspflichten bei der Pauschalreise (§ 651d)	179
§ 10 Abweichende Vereinbarungen (§ 651y)	201
§ 11 Haftung für Buchungsfehler (§ 651x)	208
§ 12 Insolvenzabsicherung (§§ 651rff.)	217
§ 13 Vertragsübertragung (§ 651e)	245
§ 14 Änderungsvorbehalte (§ 651f)	255
§ 15 Erhebliche Vertragsänderungen (§ 651g)	266
§ 16 Rücktritt vor Reisebeginn (§ 651h)	274
§ 17 Reisemangel und Gewährleistungsrechte (§ 651i)	296
§ 18 Mängelanzeige (§ 651o)	314
§ 19 Abhilfe (§ 651k)	322
§ 20 Kündigung (§ 651l)	337
§ 21 Minderung (§ 651m)	353
Anhang zu § 21: Mängel- und Minderungsübersicht	372
§ 22 Schadensersatz (§ 651n)	473
§ 23 Beistandspflicht (§ 651q)	518
§ 24 Haftungsbeschränkung und Anrechnung (§ 651p)	522
§ 25 Verjährung (§ 651j)	537

3. Kapitel. Vermittlung (§§ 651v und 651w)

§ 26 Vermittlung von Pauschalreisen (§ 651v)	546
§ 27 Vermittlung verbundener Reiseleistungen (§ 651w)	554

Inhaltsübersicht

	Seite
4. Kapitel. Einzelleistungen	
§ 28 Einzelleistungen	573
5. Kapitel. Reiserecht und Wettbewerbsrecht	
§ 29 Unlauterer Wettbewerb	579
2. Teil. Reiseversicherungen	
6. Kapitel. Allgemeines Reiseversicherungsrecht	
§ 30 Allgemeiner Teil der Versicherungsbedingungen für die Reiseversicherung (AT-Reise 2008/2021)	687
7. Kapitel. Reiserücktrittskosten- und Reiseabbruchversicherung	
§ 31 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiserücktrittskosten- versicherung (VB-Reiserücktritt 2008/2021)	704
§ 32 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiseabbruchversicherung (VB-Reiseabbruch 2008/2021)	721
8. Kapitel. Reisegepäckversicherung	
§ 33 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reisegepäckversicherung (VB-Reisegepäck 2008/2021)	734
3. Teil. Beförderungsrecht	
9. Kapitel. Grundlagen des Luftbeförderungsrechts	
§ 34 Rechtsquellen des Luftbeförderungsrechts	753
§ 35 Luftbeförderungsvertrag	774
§ 36 Schlichtung im Luftverkehr	837
10. Kapitel. Montrealer Übereinkommen	
§ 37 Montrealer Übereinkommen zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr	853
11. Kapitel. Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über Fluggastrechte	
§ 38 Anwendungsbereich der Fluggastrechte-VO	916
§ 39 Nichtbeförderung des Fluggasts	952
§ 40 Annullierung des Flugs	970
§ 41 Verspätung des Flugs	1012
§ 42 Ansprüche des Fluggasts	1023
§ 43 Durchsetzung der Fluggastrechte	1062
12. Kapitel. Sonstige Verkehrsträger	
§ 44 Bahnverkehr	1080
§ 45 Busverkehr	1105
§ 46 Schiffsverkehr	1126

4. Teil. Gastaufnahmerecht Seite

13. Kapitel. Beherbergung

§ 47 Beherbergungsrecht	1147
§ 48 Einbringung von Sachen bei Gastwirten	1209

14. Kapitel. Gastronomie

§ 49 Bewirtungsrecht	1224
----------------------------	------

Anhang

Kemptener Reisemängeltabelle	1237
------------------------------------	------

Sachverzeichnis	1313
------------------------------	------

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Bearbeiterverzeichnis	LIII
Verzeichnis der Schaubilder	LV
Abkürzungsverzeichnis	LVII
Literaturverzeichnis	LXV

1. Teil. Reisevertragsrecht

1. Kapitel. Grundlagen des Reisevertragsrechts

§ 1 Entwicklung des Reisevertragsrechts	1
I. Wirtschaftliche Bedeutung von Pauschalreisen	2
1. Reiseverhalten	2
2. Marktstruktur der Reiseveranstalter	3
II. Gegenstand des Reisevertragsrechts	4
1. Begriff des Reiserechts	4
2. Pauschalreisevertrag	6
a) Gegenstand und gesetzliche Regelung	6
b) Anwendbarkeit anderer Vorschriften	6
c) Grundbegriffe und Rechtsbeziehungen	7
3. Reisevermittlung und Vermittlung verbundener Reiseleistungen	8
4. Individualreiserecht	9
5. Reiseversicherungsrecht	9
6. Gang der Darstellung	9
III. Rechtliche Entwicklung	10
1. Rechtslage vor dem Reisevertragsgesetz	10
a) Werkvertragsrecht	10
b) Richterliche Rechtsfortbildung	11
c) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	11
d) Brüsseler Übereinkommen über den Reisevertrag (CCV)	12
2. Reisevertragsgesetz	12
3. Richtlinie über Pauschalreisen (90/314/EWG)	13
a) Harmonisierung des europäischen Reiserechts	13
b) Merkmale der Richtlinie	14
c) Konzeption der Umsetzung	14
4. Zweites Gesetz zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften	15
5. Schuldrechtsmodernisierung und Reisevertrag	15
a) Ziel der Modernisierung des Schuldrechts	15
b) Auswirkungen auf das Reisevertragsrecht	16
c) Änderung des Schadensersatzrechts	16
6. Digitales Zeitalter und Dynamic Packaging	17
a) Geänderter Reisemarkt	17
b) Stärkerer Direktvertrieb	17
7. Reform der Pauschalreise-Richtlinie	17
8. Drittes Gesetz zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften	18
9. Aktuelle Entwicklungen	19
§ 2 EU-Pauschalreiserichtlinie	21
I. Einführung	22
1. Richtlinie	22
2. Richtlinienkonforme Auslegung	23

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Reform der Pauschalreise-Richtlinie	23
a) Zielsetzung	23
b) Gesetzgebungsverfahren	24
II. Zweck der EU-Richtlinie über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen	25
1. Vollendung des Binnenmarktes	25
2. Verbraucherschutz	26
III. Anwendungsbereich und Begriffe	26
1. Pauschalreise	29
2. Verbundene Reiseleistungen	31
3. Reiseveranstalter	31
4. Vermittler	32
5. Reisender	32
6. Pauschalreisevertrag	32
IV. Harmonisierungsgrad	32
V. Informationspflichten und Inhalt des Pauschalreisevertrags	33
1. Informationen vor Vertragsschluss	34
2. Bindungswirkung der vorvertraglichen Information und Abschluss des Pauschalreisevertrags	35
3. Inhalt des Pauschalreisevertrags und vor Beginn der Pauschalreise bereitzustellende Unterlagen	35
4. Beweislast	37
VI. Änderung des Pauschalreisevertrags vor Beginn der Pauschalreise	37
1. Übertragung des Pauschalreisevertrags auf einen anderen Reisenden	37
2. Vertragsänderungen vor Reisebeginn	38
a) Einseitige Preisänderung	38
b) Einseitige Leistungsänderungen	39
c) Erhebliche Leistungs- und Preisänderungen	40
3. Beendigung des Pauschalreisevertrags und Recht zum Widerruf vor Beginn der Pauschalreise	40
VII. Erbringung der vertraglichen Pauschalreiseleistungen	43
1. Haftung für die Erbringung der vertraglichen Pauschalreiseleistungen	43
2. Preisminderung und Schadenersatz	45
VIII. Schutz bei Insolvenz	48
1. Sicherstellung	48
2. Art der Absicherung	49
3. Abgesicherte Risiken	49
4. Höchstbetrag	50
5. Gegenseitige Anerkennung des Insolvenzschutzes und Verwaltungszusammenarbeit	50
IX. Verbundene Reiseleistungen	51
X. Allgemeine Bestimmungen	52
XI. Schlussbestimmungen	54
§ 3 Pauschalreiserecht und Allgemeine Geschäftsbedingungen	56
I. Rechtliche Grundlagen und Konditionenempfehlungen	56
1. Notwendigkeit von Allgemeinen Reisebedingungen	56
2. Gewillkürte Pauschalreise	57
3. Allgemeine Geschäftsbedingungen für Reiseverträge (ARB-DRV)	58
II. Kontrolle der Vertragsklauseln	58
1. Einbeziehung von AGB in den Reisevertrag	59
2. Überraschende Klauseln und Individualvereinbarung	59
3. Auslegung	60
4. Inhaltskontrolle	60
a) Gegenstand	60
b) Klauselverbote	61
5. Rechtsfolge eines Verstoßes	61
§ 4 Internationale gerichtliche Zuständigkeit und anwendbares Recht	62
I. Rechtsquellen	65

	Seite
1. Grenzüberschreitende Tätigkeit	65
2. Internationale Zuständigkeitskataloge	66
a) Brüssel Ia-VO	66
b) Revidiertes Lugano Übereinkommen	69
c) ZPO	70
d) Prüfreihenfolge	70
3. Rechtsakte zur Ermittlung des anwendbaren Rechts	70
a) Rom I-VO	70
b) Rom II-VO	71
II. Internationale gerichtliche Zuständigkeit	72
1. Allgemeiner Gerichtsstand	72
2. Besondere Gerichtsstände	73
a) Erfüllungsort für Dienstleistungen	73
b) Unerlaubte Handlung	74
c) Niederlassung	75
3. Schutzgerichtsstand in Verbrauchersachen	75
a) Reisevertrag als Verbrauchersache	75
b) Anbahnungssituation	76
aa) Ausübung der Tätigkeit	77
bb) Ausrichten der Tätigkeit	77
c) Ausnahme für Beförderungsverträge	80
d) Rückausnahme für Reiseverträge	80
4. Gerichtsstände bei anderen Vertragsarten	81
a) Ferienhausmietverträge	81
b) Hotelbeherbergungsverträge	84
c) Reisevermittlungsverträge	84
III. Anwendbares Recht	84
1. Rom I-VO (vertragliche Ansprüche)	84
a) Reiseverträge	84
aa) Anwendungsbereich des Art. 6 Rom I-VO	85
bb) Vorrang der Rechtswahl	87
cc) Objektive Anknüpfung	88
b) Ferienhausmietverträge	89
c) Hotelbeherbergungsverträge	90
d) Beförderungsverträge	90
e) Reiseversicherungsverträge	92
f) Reisevermittlungsverträge	92
2. Rom II-VO (Ansprüche aus unerlaubter Handlung)	93
a) Inhalt und Systematik der Rom II-VO	93
b) Subjektive Anknüpfung	93
c) Objektive Anknüpfung	94
3. Sonderkollisionsnormen im nationalen IPR (EGBGB)	95
a) Art. 46b EGBGB	95
b) Art. 46c EGBGB	95

2. Kapitel. Pauschalreiserecht (§§ 651a–y BGB)

§ 5 Pauschalreisevertrag (§ 651a)	97
I. Gegenstand des Pauschalreisevertrags und Anwendungsbereich	100
1. Rechtsnatur	100
2. Gesamtheit von Reiseleistungen	101
a) Beförderung von Personen	102
b) Beherbergung von Personen	102
c) Vermietung von Fahrzeugen	106
d) Touristische Leistungen	107
aa) Grundsätzliches	107
bb) Unbedeutende Nebenleistungen	107

Inhaltsverzeichnis

	Seite
cc) Einzelfälle	108
dd) Scheinpaket	110
ee) Ausnahmetatbestand für touristische Leistungen	115
(a) „Geringfügige“ touristische Leistung	115
(b) Zeitlich spätere Buchung der touristischen Leistung	117
e) Notwendigkeit der Bündelung	117
aa) Leistungsbündel	117
bb) Baukasten	118
cc) Dynamic Packaging	118
dd) Bündelung durch Reisevermittler	118
ee) Incentive-Reisen	118
ff) Geschäftsreisen	119
f) Pauschalreise und Zusatzleistungen	119
3. Reiseveranstalter	120
a) Eigenverantwortliche Leistungserbringung	120
b) Unternehmereigenschaft	121
c) Einzelfälle	121
4. Reisender	122
II. Rechtsbeziehungen bei der Pauschalreise	123
1. Reisende und Reiseveranstalter	123
2. Reisender und Leistungsträger	123
a) Person des Leistungsträgers	123
b) Verhältnis zum Reisenden	124
3. Vertrag zwischen Reisendem und Reisevermittler	125
4. Reisevermittler und Reiseveranstalter	126
a) Reisevermittler als Handelsvertreter und Handelsmakler	126
b) Abschlussbevollmächtigter des Reiseveranstalters	127
c) Reisevermittler als Erfüllungsgehilfe	128
III. Zustandekommen des Pauschalreisevertrags	128
1. Vertragsschluss	128
a) Angebot	128
b) Bedeutung des Prospekts	130
c) Vertragsbestätigung	130
d) Abweichende Vertragsbestätigung	130
e) Mängel beim Pauschalreisevertrag	131
f) Sonderwünsche	131
g) Einverständliche Vertragsänderungen (Umbuchungen)	132
h) Online-Buchung	132
i) Allgemeine und besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	134
aa) Allgemeine Pflichten	134
bb) Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern (Bestell-Button)	134
j) Last-Minute-Buchung	134
2. Vertragsschluss in Sonderfällen	135
a) Vertragsschluss mit Minderjährigen	135
b) Vertragsschluss bei Familien und besonderem Näheverhältnis	135
c) Buchung bei Gruppenreisen	137
d) Incentive-Reise	138
e) Gewinnreise	138
f) Vertragsschluss-Klausel in ARB	139
IV. Ausnahmen des Anwendungsbereichs	139
V. Einbeziehung Allgemeiner Reisebedingungen	141
1. Grundsätzliches	141
2. Zeitpunkt der Einbeziehung	142
3. Einbeziehung der ARB	142
a) Hinweis	142
b) Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme	143
c) Einverständnis des Reisenden	143

	Seite
4. Telefonische Buchung	143
5. Elektronischer Geschäftsverkehr	144
6. Mehrere AGB	144
VI. Pflichten des Reiseveranstalters	145
1. Verschaffen der Pauschalreise	145
2. Informationspflichten	145
a) Formblatt	145
b) Weitere vorvertragliche Angaben	146
3. Vertragsbestätigung und Reiseunterlagen	146
4. Besonderheiten	146
a) Mündliche Nebenabreden	146
b) Reisecharakter	147
c) Leistungsbestimmung nach Vertragsschluss	147
d) Landesüblichkeit	148
VII. Pflichten des Reisenden	148
1. Zahlung des Reisepreises	148
a) Vereinbarter Preis	148
b) Zahlungsverzug	148
c) Verjährung	148
d) Höhe der Vorauszahlung	149
e) Restzahlung	149
f) Zahlung an Reisevermittler	150
2. Nebenpflichten	150
a) Pass und Visum	150
b) Treuepflichten	151
c) Mitwirkungsobliegenheiten	151
VIII. Darlegungs- und Beweislast	152
§ 6 Verbundene Online-Buchungsverfahren (§ 651c)	153
I. Inhalt und Zweck	153
II. Voraussetzungen	154
III. Rechtsfolgen	155
IV. Ausschlüsse	156
§ 7 Gastschulaufenthalte (§ 651u)	157
I. Normzweck und Anwendungsbereich	158
1. Zweck	158
2. Anwendungsbereich	159
a) Dreimonatiger Gastschulaufenthalt	159
b) Vertragsparteien	160
c) Kurzaufenthalt und Praktikum	160
II. Zusätzliche Pflichten des Reiseveranstalters und Gastschülers	160
1. Unterbringung in Gastfamilie	160
2. Organisation des Schulbesuchs	162
3. Mitwirkung des Gastschülers	163
III. Informationspflichten und Rücktritt vor Reisebeginn	163
1. Informationen	163
2. Verlust des Entschädigungsanspruchs	164
IV. Kündigung	165
1. Kündigungsrecht	165
2. Rechtsfolgen der Kündigung	166
V. Rücktritt des Reiseveranstalters	166
VI. Entschädigung wegen nutzlos aufgewendeter Urlaubszeit	167
VII. Darlegungs- und Beweislast	167
§ 8 Abgrenzung zur Vermittlung (§ 651b)	169
I. Vorbemerkung	170
II. Reisevermittlungsvertrag	171

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Fallgruppen	172
1. Allgemeine Voraussetzungen einer Pauschalreise	173
2. Derselbe Buchungsvorgang in einer Vertriebsstelle (Nr. 1)	173
a) Allgemeines	173
b) Abgeschlossener Buchungsvorgang	173
aa) Beratungsgespräch	174
bb) Zahlungsverpflichtung	174
cc) Einheitliche Vertriebsstelle	174
dd) Ausnahme: Bausteinreise	175
3. Gesamtpreis (Nr. 2)	175
4. Bezeichnung als Pauschalreise (Nr. 3)	176
IV. Vermittlerklausel	176
1. Allgemeines	176
2. Einzelfälle	177
V. Vertriebsstellen	178
§ 9 Vorvertragliche Informationspflichten bei der Pauschalreise (§ 651d)	179
I. Vorbemerkung	180
1. Allgemeines	180
2. Sinn und Zweck	181
3. Systematik	182
II. Inhalt der Unterrichtung	182
1. Auszuhändigendes Formblatt	182
a) Formblatt der Anlage 11	182
b) Erläuterungen	184
2. Weitergehende Informationen	185
a) Gesetzestext Art. 250 § 3 EGBGB	185
b) Im Einzelnen	186
aa) Wesentliche Eigenschaften der Reiseleistung	186
bb) Kontaktdaten des Reiseveranstalters	189
cc) Reisepreis	189
dd) Zahlungsmodalitäten	189
ee) Mindestteilnehmeranzahl	190
ff) Allgemeines Pass- und Visumserfordernisse	190
gg) Rücktrittsrecht des Reisenden	192
hh) Versicherungshinweise	193
III. Art und Weise der Unterrichtung	193
1. Transparenzgebot	193
a) Klar und verständlich	193
b) In hervorgehobener Weise	194
2. Form	194
3. Zeitpunkt	195
4. Änderungen	195
5. Beweisfragen	195
IV. Nichterfüllung von Informationspflichten	196
1. Zivilrechtliche Konsequenzen	196
a) Bestehender Pauschalreisevertrag	196
aa) Einschränkungen der Veranstalterrechte	196
bb) Gewährleistungsrechte des Reisenden (§§ 651i ff.)	196
cc) Allgemeines Schuldrecht	197
dd) Deliktische Ansprüche	197
ee) Anfechtung	198
b) Kein Vertragsschluss	198
2. Wettbewerbsrechtliche Konsequenzen	198
a) Marktverhaltensregelungen und Irreführung	198
b) Unterlassungs- und Schadensersatzanspruch	199
3. Verbraucherrechtl. Konsequenzen	199
4. Musterfeststellungsklage	200

	Seite
§ 10 Abweichende Vereinbarungen (§ 651y)	201
I. Zweck der Norm	201
1. Mindestregelung	201
a) Halbzwingendes Recht	201
b) Öffnung des Abweichungsverbots	202
2. Reichweite der Norm	202
II. Kontrolle durch Reisevertragsrecht und AGB-Recht	203
1. Grundsatz der Sachnähe	203
2. Verbandsklage	203
III. Teilnichtigkeit und Gesamtbeurteilung	203
1. Verstoß gegen halbzwingende Normen	203
2. Gesamtbeurteilung unzulässig	204
IV. Verzichtserklärungen	204
1. Grundsätzliche Unwirksamkeit	204
2. Freiwillige Vertragsänderungen	205
3. Abfindungssummen und Ersatzleistungen	205
V. Abweichende Vereinbarung der Verjährung	206
1. Verjährungserleichterung	206
2. AGB-Klausel	206
§ 11 Haftung für Buchungsfehler (§ 651x)	208
I. Vorbemerkung	209
1. Allgemeines	209
2. Systematik	209
II. Verhältnis zu allgemeinen Vorschriften	209
1. Anfechtungsregeln	209
a) Anfechtung des Unternehmers	210
b) Anfechtung des Kunden	210
2. Digitale Verbraucherverträge	210
3. Rechtsmissbrauch	211
III. Technischer Fehler des Buchungssystems (Nr. 1)	211
1. Buchungssystem	211
2. Inhaber des Buchungssystems	212
a) Allgemein	212
b) Parallele Haftung	212
3. Technischer Fehler	212
4. Verursachung	213
5. Darlegungs- und Beweislast	213
a) Grundsätzliches und Beweislastumkehr	213
b) Beweisführung zum Vorliegen eines technischen Fehlers	213
IV. Fehler während des Buchungsvorgangs (Nr. 2)	214
1. Buchungsvorgang	214
2. Fehler	215
3. Ausschluss der Haftung	215
a) Vom Reisenden verursachter Fehler	215
b) Unvermeidbare, außergewöhnliche Umstände	215
4. Darlegungs- und Beweislast	215
V. Mitverschulden des Reisenden	216
VI. Abweichende Vereinbarungen	216
§ 12 Insolvenzabsicherung (§§ 651r ff.)	217
I. Allgemeines	220
1. Normzweck	220
2. Anwendungsbereich	221
a) Reiseveranstalter	221
aa) Veranstaltereigenschaft	221
bb) Einzelfälle	221

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Einzelleistungen des Reiseveranstalters	222
c) Zeitliche Anwendbarkeit	223
II. Sicherungspflicht des Reiseveranstalters	223
1. Insolvenzrisiko	223
2. Sicherungsfall	224
a) Zahlungsunfähigkeit	224
b) Eröffnung des Insolvenzverfahrens	224
c) Abweisung mangels Masse	225
3. Erstattungsfähiger Sicherungsgegenstand	225
a) Allgemeines	225
b) Kausalität	226
c) Gezahlter Reisepreis	226
aa) Zahlungen vor Reiseantritt	226
bb) Erstattungsanspruch nach Reiseantritt	227
cc) Zusätzlich gebuchte Leistungen	228
dd) Gewährleistungsansprüche	228
d) Mehrfachzahlungen gegenüber Leistungsträgern	229
e) Rückbeförderung und Beherbergung	229
4. Absicherer	229
a) Reiseversicherungsfonds	230
b) Ausnahme für mittlere und kleine Reiseveranstalter	232
III. Leistungsbegrenzung	234
IV. Erfüllung der Sicherungspflicht	236
1. Unmittelbarer Anspruch	236
a) Vertrag zu Gunsten Dritter	236
b) Kein Sicherungsvertrag und gefälschter Sicherungsschein	236
2. Uneingeschränkte Absicherung	237
3. Gewerberechtliche Kontrolle	237
4. Sicherungsschein	237
a) Nachweis	237
b) Muster	238
c) Kontrollpflicht des Reisevermittlers	238
V. Zahlung des Reisepreises	238
1. Notwendigkeit der Übergabe eines Sicherungsscheins vor Anzahlung	238
2. Anzahlungshöhe	239
VI. Ausländische Reiseveranstalter	240
VII. Folgen bei Verstoß	241
1. Allgemeines	241
2. Zivilrechtliche Folgen	241
3. Wettbewerbsrechtliche Folgen	242
4. Gewerberechtliche Sanktion	243
VIII. AGB-Klauseln	243
1. Allgemeines	243
2. Konditionenempfehlung	243
IX. Darlegungs- und Beweislast	244
§ 13 Vertragsübertragung (§ 651e)	245
I. Bedeutung der Vorschrift	246
1. Allgemeines	246
2. Dogmatische Stellung	246
II. Voraussetzungen der Vertragsübertragung	247
1. Erklärung des Reisenden	247
2. Form	247
3. Zeitpunkt	248
III. Widerspruchsrecht des Veranstalters	249
1. Grund	249
a) Vertragliche Reiseerfordernisse	249

	Seite
b) Gesetzliche Vorschriften	250
2. Rechtsfolgen	250
a) Wirksamer Widerspruch	250
b) Wirksame Übertragung	250
c) Unwirksamer oder fehlender Widerspruch	251
IV. Gesamtschuldnerische Haftung	251
1. Reisepreis und Mehrkosten	251
a) Aufwendungsersatz	251
b) Angemessenheit der Mehrkosten	252
c) Nachweispflicht	253
2. Pauschalierung	253
V. Allgemeine Reisebedingungen	253
1. Klauselinhalt	253
2. Verbotene Rücktrittsfiktion	254
VI. Darlegungs- und Beweislast	254
§ 14 Änderungsvorbehalte (§ 651f)	255
I. Allgemeines	256
1. Systematik und Regelungsübersicht	256
2. Verhältnis zum nationalen Vertragsrecht	257
a) Verhältnis zur Anfechtung	257
b) Verhältnis zur Störung der Geschäftsgrundlage	257
II. Preiserhöhung	258
1. Formelle Voraussetzungen einer Preiserhöhung	258
a) Vertraglicher Vorbehalt	258
b) Weitere Angaben	259
aa) Preissenkung	259
bb) Hinweis auf Berechnung der Änderung	259
2. Möglichkeiten zur Preiserhöhung	260
a) Gründe	260
aa) Zulässige Faktoren	260
bb) Unzulässigkeit weiterer Faktoren	261
b) Zeitpunkt des Eintritts der Änderung	262
3. Recht des Reisenden auf Preissenkung	262
4. Mitteilung über die Erhöhung	263
a) Zeitpunkt	263
b) Erklärung	264
III. Andere Vertragsänderungen	264
1. Unerhebliche Vertragsänderungen	264
2. Vorbehalt und Mitteilung der Änderung	265
§ 15 Erhebliche Vertragsänderungen (§ 651g)	266
I. Allgemeines	267
1. Systematik und Regelungsübersicht	267
2. Verhältnis zum nationalen Vertragsrecht	267
II. Erhebliche Preiserhöhung	267
1. Voraussetzungen des § 651f Abs. 1	268
2. Angebot des Reiseveranstalters	268
3. Informationspflichten	269
4. Frist	269
5. Zustimmungsfiktion	270
III. Erhebliche Leistungsänderungen	270
1. Nach Vertragsschluss eingetretener Umstand	270
2. Wesentliche Eigenschaften der Reiseleistungen	270
3. Besondere Vorgaben des Reisenden	273
4. Weitere Voraussetzungen	273
IV. Rechtsfolgen	273

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 16 Rücktritt vor Reisebeginn (§ 651h)	274
I. Normzweck und Anwendungsbereich	276
II. Rücktrittsrecht des Reisenden	276
1. Freies Lösungsrecht vor Reisebeginn	276
2. Andere Lösungsmöglichkeiten des Reisenden	277
a) Kündigung wegen Reisemängeln	277
b) Rücktritt bei erheblichen Vertragsänderungen vor Reisebeginn	277
c) Rücktritt nach Reisebeginn	277
d) Anfechtung	278
3. Rücktrittserklärung	278
a) Form	278
b) Adressat	279
c) Zeit	279
4. Wirkungen des Rücktritts	279
a) Verlust des Reisepreises	279
b) Allgemeines zum Entschädigungsanspruch	280
c) Entschädigungsanspruch aus vertraglicher Vereinbarung	280
aa) AGB-Vorschriften	281
bb) Bemessungskriterien	285
cc) Zulässige Höhe	285
dd) Rechtsfolgen unwirksamer Klauseln	287
d) Entschädigungsanspruch bei Fehlen einer vertraglichen Vereinbarung	289
aa) Ersparte Aufwendungen	289
bb) Erwerb durch anderweitige Verwendung	289
e) Kein Entschädigungsanspruch bei unvermeidbaren, außergewöhnlichen Umständen	290
III. Rücktrittsrecht des Reiseveranstalters	292
1. Gesetzliche Rücktrittsrechte	292
2. Vertragliche Lösungsrechte	293
3. Wirkungen des Rücktritts	293
IV. Darlegungs- und Beweislast	294
§ 17 Reisemangel und Gewährleistungsrechte (§ 651i)	296
I. Normzweck und Anwendungsbereich	297
1. Verschuldensunabhängige Einstandspflicht	297
2. Verhältnis des reisevertraglichen Gewährleistungsrechts zu anderen Rechten	298
a) Allgemeines Leistungsstörungsrecht	298
b) Anfechtung	300
c) Gastwirtschaftung	301
d) Deliktsrecht	301
e) Rechte einzelner Reiseleistungen	303
II. Reisemangel	303
1. Subjektive Mangelbestimmung	304
a) Abweichen von der vereinbarten Beschaffenheit	304
b) Fehlende Eignung für den nach dem Vertrag vorausgesetzten Nutzen	306
2. Objektive Mangelbestimmung	306
3. Nicht- oder unangemessen verspätete Verschaffung von Reiseleistungen	307
4. Grenzen der Einstandspflicht	308
III. Übersicht über die Mängelrechte des Reisenden	310
§ 18 Mängelanzeige (§ 651o)	314
I. Allgemeines und Zweck	314
II. Anzeige der Mängel	315
1. Grundsätzliches	315
2. Einzelfragen	316
3. Adressat der Anzeige	317
4. Form der Anzeige	317

	Seite
a) Allgemeines	317
b) Mängelprotokolle	318
5. Zeitpunkt der Anzeige	318
III. Verstöße gegen die Obliegenheit	319
1. Allgemeines	319
2. Verschuldetes Unterlassen	319
3. Rechtsfolge	320
IV. Abweichende Reisebedingungen	321
§ 19 Abhilfe (§ 651k)	322
I. Anspruch auf Abhilfe	324
1. Abhilfeverlangen	324
a) Recht des Reisenden	324
b) Begriff der Abhilfe	324
c) Form und Inhalt	325
d) Adressat	325
aa) Reiseveranstalter, Reiseleitung, Reisevermittler	325
bb) Präsenz der Reiseleitung	325
cc) Leistungsträger	326
2. Recht zur Verweigerung der Abhilfe	326
3. Abhilfe durch Veranstalter	326
a) Rechtsnatur	326
b) Angemessene Ersatzleistung	327
c) Ersatzunterkunft	328
aa) Unterkunft als Zusicherung	328
bb) Gleichwertigkeit und Zumutbarkeit	329
cc) Umzug	330
dd) Änderung der Unterkunft vor Reisebeginn	330
d) Aufpreis und Kosten	330
II. Recht auf Selbstabhilfe	331
1. Begriff der Selbstabhilfe	331
2. Fristsetzung	331
a) Informationspflicht	331
b) Dauer	331
3. Entbehrlichkeit der Frist	332
a) Verweigerung der Abhilfe	332
b) Sofortige Abhilfe notwendig	332
4. Aufwendungsersatz	333
a) Begriff	333
b) Erforderlichkeit	333
5. Keine Vorschusspflicht	334
III. Beherbergung des Reisenden	334
1. Unterbringungspflicht	334
2. Ausnahmen nach Absatz 5	335
VI. Darlegungs- und Beweislast	336
1. Abhilfe	336
2. Selbstabhilfe	336
§ 20 Kündigung (§ 651l)	337
I. Systematische Stellung und Anwendungsbereich	338
1. Begriff der Kündigung	338
2. Montrealer Übereinkommen	339
3. Kündigung vor Reisebeginn	339
4. Verhältnis zu anderen Lösungsmöglichkeiten	339
a) Rücktritt vor Reisebeginn	339
b) Rücktritt bei Preiserhöhung	340
c) Kündigung aus wichtigem Grund	340

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Kündigungsgrund	342
1. Allgemeines	342
2. Erhebliche Beeinträchtigung der Reise	342
a) Gesamtwürdigung	342
b) Minderungsquote als Richtwert	343
c) Einheitliche Auslegung	344
d) Bedingungen des Einzelfalls	344
3. Einzelfälle der bisherigen Rechtsprechung	345
III. Formelle Kündigungsvoraussetzungen	347
1. Abhilfeverlangen mit Fristsetzung	347
2. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	347
3. Kündigungserklärung und -adressat	349
IV. Rechtsfolgen der Kündigung	349
1. Reisepreis	349
a) Entfallene Leistungen	349
b) Bereits erbrachte und zur Reisebeendigung notwendige Leistungen	349
2. Notwendige Maßnahmen nach Vertragsaufhebung	350
a) Allgemeines	350
b) Sonderfall: Rückbeförderung	350
3. Sonstige Ausgaben des Reisenden	351
4. Unwirksame Kündigung	351
V. Abweichende AGB	352
VI. Darlegungs- und Beweislast	352
§ 21 Minderung (§ 651m)	353
I. Inhalt und Zweck	354
1. Minderung kraft Gesetzes	354
2. Verhältnis zur Verletzung der Informationspflicht	355
3. Verhältnis zur Kündigung	355
4. Verhältnis zum Schadensersatz	355
5. Verhältnis zur Ausgleichszahlung der Fluggastrechte	356
II. Voraussetzungen der Minderung	357
1. Reisemangel	357
2. Mängelanzeige	358
a) Zweck	358
b) Formelle Entstehungsvoraussetzung	358
c) Verhältnis zum Abhilfeverlangen	359
d) Adressat der Anzeige	359
e) Form der Anzeige	359
f) Beweiswert von Mängelprotokollen	359
g) Zeitpunkt der Anzeige	360
h) Entbehrlichkeit der Anzeige	361
aa) Unmöglichkeit der Beseitigung	361
bb) Kenntnis des Mangels	361
i) Schuldloses Unterlassen	362
j) Abweichende Reisebedingungen	362
III. Höhe der Minderung	363
1. Berechnungsformel	363
2. Bezugsgröße der Minderung	363
a) Gesamtreisepreis als Grundlage	363
b) Teilpreis	364
c) Nebenleistungen	364
d) Zusammengesetzte Reisen	364
3. Minderungskriterien	365
a) Schätzung	365
b) Objektiver Maßstab	366
c) Zeitliche Dauer	366

	Seite
d) Rückwirkung und Ausstrahlung	367
e) Nutzungsbeeinträchtigung	369
f) Mittelbar Betroffene	369
4. Frankfurter Tabelle	370
5. Rechtsfolgen	370
IV. Darlegungs- und Beweislast	371
Anhang zu § 21: Mängel- und Minderungsübersicht	372
I. Allgemeines	374
1. Überblick von PRL 90/314/EWG bis PRL 2015/2302	374
2. Reisemangel	375
3. Allgemeines Lebensrisiko keine Ausnahme bei Preisminderung	376
a) Überholte Entscheidungen	376
b) Zurechenbare Sphäre des Reisenden	377
4. Bloße Unannehmlichkeiten	377
a) Angemessene Einschränkung	377
b) Minderungshöhe ist Rechtsfolge	378
II. Mängel vor Reisebeginn	378
1. Informationspflichten	378
a) Reisemangel	378
b) Einreisebestimmungen	379
c) Zielgebiet	380
2. Buchungsfehler	382
III. Mängel der Beförderung	383
1. Allgemeines	383
a) Transportbeeinträchtigen	383
b) EU-Fluggastrechte	383
2. Flug	384
a) Abfertigung	384
b) Überbuchung	385
c) Verspätung	385
d) Flugzeitänderungen	387
e) Änderung des Flughafens	389
f) Wechsel der Fluggesellschaft und des Transportmittels	390
g) Flugunterbrechung	391
h) Service und Komfort	392
i) Flugsicherheit	393
j) Transfer	394
k) Fluggepäck	395
3. Bus	397
a) Verspätung	397
b) Sicherheit und Komfort	397
4. Eisenbahn	399
IV. Mängel der Unterkunft	400
1. Ersatzunterkunft	400
a) Andere Unterkunft	400
b) Anderes Zimmer und Belegung	403
c) Abweichende Hotelkategorie und Bewertung	405
d) Andere Merkmale der Umgebung	406
e) Umzug	407
2. Zimmer und Bungalow	407
a) Größe und Ausstattung	407
b) Defekte Ausstattung	408
c) Sanitäre Einrichtungen und Versorgung	409
d) Heizung	410
e) Klimaanlage	411
f) Balkon, Meerblick und Terrasse	412

Inhaltsverzeichnis

	Seite
g) Ferienunterkünfte	413
h) Behindertengerechte Unterbringung	414
3. Verschmutzung und Service	415
a) Verschmutzung	415
b) Service	416
4. Schwimmbad und Hoteleinrichtungen	417
5. Verkehrssicherungspflichten und Verletzungen des Reisenden	418
6. Lärm	422
a) Hotellärm	422
b) Straßenlärm	423
c) Fluglärm	425
d) Baulärm	426
7. Belästigungen	428
a) Persönliche Belästigungen	428
b) Behinderte Reisende	428
c) Benehmen	429
d) Sicherheitsvorkehrungen	430
8. Verpflegung	431
a) Service	431
b) Qualität und Quantität	433
c) Erkrankungen	434
V. Mängel im Zielgebiet	435
1. Strandentfernung	435
2. Strandbeschaffenheit	436
3. Meer und Baden	438
4. Ungeziefer	439
5. Tiere	441
6. Müll und Gerüche	442
7. Sicherheit und Straftaten	442
8. Naturkatastrophen	443
9. Corona-Pandemie	444
a) Unvermeidbare, außergewöhnliche Umstände	444
b) Rücktritt vom Vertrag vor Reisebeginn	445
c) Pandemiebedingte Beeinträchtigungen als Reisemangel	445
d) Bloße Unannehmlichkeiten	446
e) Pandemie kein allgemeines Lebensrisiko	446
VI. Mängel sonstiger Dienstleistungen	447
1. Kinderbetreuung und Spielplätze	447
2. Reiseleitung	447
3. Ausflüge	449
VII. Mängel bei Spezialreisen	449
1. Kreuzfahrt	449
a) Grundsätze der Minderung	449
b) Einschiffung und Kabine	450
c) Abweichungen der Route	452
d) Schiffdefekte und Lärm	454
e) Verpflegung, Service und Erkrankung	455
f) Lebensrisiken, Wetter und Unannehmlichkeiten	457
g) Schiffsarzt	457
2. Club- und All-Inclusive-Reisen	458
3. Studienreisen	459
4. Abenteuer- und Wanderreisen	460
a) Reisecharakter	460
b) Reisemängel	460
c) Selbstgefährdung	462
d) Lebensrisiken	462
5. Skireisen	463

	Seite
a) Reisemängel	463
b) Pisten, Skieinrichtungen und Unterkünfte	464
c) Skiunfälle und Lawinen	465
d) Schneemangel	466
6. Sportreisen	466
7. Fortuna-Reisen	468
8. Sprachreisen und Gastschulaufenthalte	469
9. Städte- und Eventreisen	470
10. Wohnmobilreisen	471
§ 22 Schadensersatz (§ 651n)	473
I. Inhalt und Zweck	476
1. Allgemeines	476
2. Rechtsnatur des Schadensersatzanspruchs	477
3. Abgrenzung und Verhältnis zu anderen Vorschriften	479
a) Minderung und Kündigung	479
b) Nebenpflichtverletzung und Verschulden bei Vertragsschluss	480
c) Ansprüche aus Delikt	481
4. Verhältnis zum Montrealer Übereinkommen	481
5. Verhältnis zur Haftungsbegrenzung	482
II. Schadensersatzanspruch nach § 651n Abs. 1	482
1. Reisemangel	482
2. Mängelanzeige	482
3. Ausschlussstatbestände	483
a) Grundsätzliches	483
b) Entlastungsgrund Nr. 1	483
aa) Allgemeines	483
bb) Kürzung des Anspruchs	484
c) Entlastungsgrund Nr. 2	484
aa) Allgemeines	484
bb) Einzelfälle	485
d) Entlastungsgrund Nr. 3	486
aa) Allgemeines	486
bb) Einzelfälle	486
4. Umfang des Schadens	488
a) Grundsätzliches	488
b) Typische Schadenspositionen	489
5. Ersatz von Aufwendungen	489
III. Entschädigungsanspruch des § 651n Abs. 2	491
1. Überblick	491
2. Verhältnis zum Montrealer Übereinkommen	491
3. Dogmatische Einzelfragen	492
a) Immaterielle Rechtsnatur	492
b) Abtret- und Vererbbarkeit	493
4. Einzelfragen zum Anwendungsbereich	494
a) Geschäftsreisende	494
b) Analoge Anwendung	495
5. Vereitelung oder erhebliche Beeinträchtigung der Reise	495
a) Vereitelte Reise	495
b) Erhebliche Beeinträchtigung der Reise	497
aa) Richtlinienkonformität	497
bb) Bewertungskriterien	498
cc) Mängel bei Teilen der Reise	499
6. Anderweitig verbrachte Reisezeit	500
7. Bemessung der Entschädigung	500
IV. Deliktische Verkehrssicherungspflichten	501
1. Inhalt	501
a) Begriff der Verkehrssicherungspflichten	501

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Anspruchskonkurrenz	502
c) Kollisionsrecht	503
2. Leistungsträger kein Verrichtungsgehilfe	504
3. Haftung des Leistungsträgers	504
4. Entwicklung durch den BGH	504
5. Örtliche Verhältnisse als Sicherheitsstandard	506
6. Verletzungshandlungen des Reiseveranstalters	507
7. Fallgruppen der Sicherheitsgefahren	507
a) Unterkünfte	507
b) Spiel- und Sportanlagen	508
c) Wanderungen, Ausflüge, Trecking und Skireisen	510
d) Beförderungsleistungen	510
aa) Allgemeines	510
bb) Busse und Boote	511
cc) Kreuzfahrt- bzw. Segelschiffe	511
dd) Flugzeuge	512
V. Darlegungs- und Beweislast	512
1. Reisender	512
2. Beweislastumkehr	512
3. Anscheinsbeweis bei Erkrankungen	512
4. Entschädigung	513
5. Schmerzensgeld	514
6. Deliktshaftung	517
§ 23 Beistandspflicht (§ 651q)	518
I. Inhalt und Zweck	518
II. Regelungsgegenstand des Absatzes 1	519
1. Beistandgewährung durch den Reiseveranstalter	519
2. Reichweite des Begriffs der „Schwierigkeiten“	520
III. Regelungsgegenstand des Absatzes 2	520
IV. Darlegungs- und Beweislast	521
§ 24 Haftungsbeschränkung und Anrechnung (§ 651p)	522
I. Regelungsübersicht	524
II. Vertragliche Haftungsbeschränkung	524
1. Allgemeines	524
2. Umfang der Beschränkung	525
a) Vertragliche Schadensersatzansprüche	525
b) Deliktische Ansprüche	525
3. Vereinbarung	526
4. Haftungsbeschränkung und AGB-Kontrolle	526
III. Gesetzliche Haftungsbeschränkung auf Grund internationaler Übereinkommen für Leistungserbringer	527
1. Zweck	527
2. Internationale Übereinkommen	527
a) Vorrang des Völkerrechts	527
b) Rezeption des Völker- und Unionsrecht	528
3. Beförderungsleistungen	529
a) Allgemeines	529
b) Luftbeförderung	529
aa) Sperrwirkung des Montrealer Übereinkommen	529
bb) Umfassender Schadensbegriff	529
cc) Verschuldensunabhängige Gewährleistungsrechte	530
dd) Haftungsbeschränkungen	530
c) Eisenbahnbeförderung	531
d) Busbeförderung	531
e) Schiffsbeförderung	532
4. Unterkunftsleistungen	532

	Seite
IV. AGB-Klauseln zur Haftungsbeschränkung	533
1. ARB-DRV	533
2. Andere Klauseln	533
a) Nichtkörperschäden	533
b) Haftungsverzicht bei Risikoreisen	533
V. Darlegungs- und Beweislast	533
VI. Anrechnung	534
1. Regelungsüberblick und Hintergrund	534
2. Gesetzlich vorgesehene Fälle	535
3. Anzurechnende Zahlungen	535
4. Beweislast	536
§ 25 Verjährung (§ 651j)	537
I. Frühere Rechtslage	537
II. Aktuelle Rechtslage	538
III. Verjährung	538
1. Allgemeines	538
2. Anwendungsbereich	538
3. Bestimmung der Frist	540
a) Fristberechnung	540
b) Hemmung der Verjährung	541
aa) Allgemeines	541
bb) Verhandlungen	541
cc) Rechtsverfolgung und außergerichtliche Streitbeilegung	544
dd) Neubeginn durch Anerkenntnis	544
c) Gesetzliche Sondervorschriften	544
4. Darlegungs- und Beweislast	545
3. Kapitel. Vermittlung (§§ 651v und 651w)	
§ 26 Vermittlung von Pauschalreisen (§ 651v)	546
I. Vorbemerkung	547
II. Reisevermittler	548
III. Vorvertragliche Informationspflichten	548
IV. Annahme von Kundengeldern	549
1. Zahlung an Reisevermittler	549
2. Sicherungsschein	550
V. Sitz des Reiseveranstalters außerhalb der EU	551
VI. Mängelanzeige	552
§ 27 Vermittlung verbundener Reiseleistungen (§ 651w)	554
I. Vorbemerkungen	555
II. Abgrenzung zu § 651c	556
III. Verbundene Reiseleistungen	557
1. Allgemeines	557
2. Vermittlung des Reisenden an denselben Unternehmer	559
3. Buchung während eines Besuchs in einer Vertriebsstelle	559
4. Getrennte Rechnungen und Bezahlvorgang	559
5. 24-Stunden-Regel bei gezielter Vermittlung	561
IV. Pflichten	562
1. Informationspflichten	562
a) Formblätter	562
b) Ergänzung sowie Anpassung bzw. erläuternde Hinweise	563
c) Überlassung des Formblattes	564
aa) Zeitpunkt der Überlassung	564
bb) Form der Überlassung	564
cc) Dokumentation der Überlassung	565
d) Vermittler außerhalb des EWR	565

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Insolvenzabsicherungspflicht	565
a) Allgemeines	565
b) Entbehrlichkeit der Absicherung	567
V. Sanktionen bei Pflichtverletzung	567
VI. Unterrichtung der Unternehmer untereinander	568
VII. Einzelfragen	568
1. Scheinpaket	569
2. Option und weitere Buchung	570
3. Informationspflichten bei der Vermittlung von Pauschalreise und Einzelleistung	571

4. Kapitel. Einzelleistungen

§ 28 Einzelleistungen	573
I. Überblick	573
II. Alte Rechtslage: Analoge Anwendung	574
III. Geltende Rechtslage: Keine analoge Anwendung	575
IV. Diskussionsstand und Entwicklungen	576

5. Kapitel. Reiserecht und Wettbewerbsrecht

§ 29 Unlauterer Wettbewerb	579
I. Allgemeine Grundlagen des Lauterkeitsrechts	583
1. Wettbewerbsrecht in der Touristik	583
2. Europäische und nationale Rechtsquellen	584
3. Entwicklung des UWG und UWG-Novellen 2008, 2015, 2021	584
4. Unterlassungsklagengesetz (UKlaG)	586
II. Unlautere geschäftliche Handlungen in der Touristik	586
1. Geschäftliche Handlung	586
2. Unlauterkeit	587
3. Rechtsbruch	587
a) Marktverhaltensregelung	587
aa) Zweck der Norm	587
bb) Spürbarkeit	588
cc) Marktverhaltensregelungen in der Touristik	588
dd) Vorrang	588
b) Pauschalreiserechtliche Vorschriften und Allgemeine Reisebedingungen	589
aa) Allgemeines, Marktverhaltensregeln	589
bb) Sprache	590
cc) Preis- und Leistungsänderungen	590
dd) Anzahlung	591
ee) Restzahlung	593
ff) Stornoklauseln	593
c) Insolvenzversicherung	594
aa) Marktverhaltensregelung	594
bb) Werbung mit Sicherungsschein	595
cc) Einzelfälle	595
d) Pauschalreiserechtliche Informationspflichten	596
aa) Einordnung, vorvertragliche Informationspflichten	596
bb) Unterrichtung	597
cc) Änderungen	598
dd) Vorvertragliche Informationen, Art. 250 § 3 EGBGB	598
4. Mitbewerberschutz	599
a) Allgemeines	599
b) Allgemeines Deliktsrecht	600
c) Herabsetzung von Mitbewerbern	601
d) Anschwärzung und Online-Bewertungsportale	602
aa) Allgemein	602

	Seite
bb) Geschäftliche Handlung, Mitbewerber	603
cc) Tatsachenbehauptungen	603
dd) Gegenüber Dritten	604
ee) Kreditgefährdung	605
ff) Behaupten	605
gg) Verbreiten	606
e) Nachahmung	608
f) Gezielte Behinderung	609
5. Vergleichende Werbung	610
III. Irreführende geschäftliche Handlungen in der Touristik	610
1. Irreführungsverbot	610
a) Irreführende geschäftliche Handlung	610
b) Fallgruppen	611
c) Unwahre und sonstige zur Täuschung geeignete Angaben	611
d) Irreführung	611
2. Prospektwahrheit und Prospektklarheit	612
a) Produktbezogene Irreführung, § 5 Abs. 2 Nr. 1 UWG	612
b) Verfügbarkeit, Vorhandensein	613
c) Art der Reise, Reiseleistung (Gattung)	614
d) Beschaffenheit, Zusammensetzung, Ausführung, Zubehör	614
aa) Namen, Bezeichnungen	614
bb) Leistungsumfang, Ausstattung	615
cc) Dauer	615
dd) Orte/Zielorte	616
ee) Flüge/Abflug/Ankunft	616
e) Menge	617
f) Verfahren, Zeitpunkt der Erbringung von Dienstleistungen	617
g) Zwecktauglichkeit, Verwendungsmöglichkeit, Wirkungen	617
h) Vorteile, Risiken	617
i) Kundendienst und Beschwerdeverfahren	617
j) Geografische oder betriebliche Herkunft	617
k) Testurteile, Kundenbefragung	618
3. Preisvorteile und Gutscheine	619
a) Zulässigkeit	619
b) Angebotsdifferenzierung	620
c) Rabatte	620
d) Zugaben	622
e) Gratisreisen	623
f) Kundenbindungs- und Vielfliegerprogramme	624
g) Preisausschreiben und Glücksspiel	625
aa) Begriffe, Teilnahmebedingungen	625
bb) Schwarze Liste	626
h) Gewinnreise	627
aa) Gewinnzusage	627
bb) Schwarze Liste	628
4. Last-Minute-Reise	629
5. Sonderangebote	631
6. Werbereise und Schleichwerbung	631
a) Werbereise	631
b) Schleichwerbung	633
7. Lockvogelwerbung	633
8. Werbung mit Selbstverständlichkeiten	635
9. Spitzenstellung	636
10. Hotelklassifizierung und Sternekennzeichen	637
a) Hotellerie	637
b) Bussterne	639
c) Kreuzfahrtschiff	640

Inhaltsverzeichnis

	Seite
11. Timesharing	640
12. Irreführung durch Unterlassen	640
a) Allgemeines	640
b) Vorenthalten wesentlicher Informationen, § 5a Abs. 1–3 UWG	641
c) Wesentliche Informationen, § 5b Abs. 1 Nr. 1–6 UWG	642
aa) Qualifiziertes Angebot, Aufforderung zum Kauf	642
bb) Wesentliche Merkmale des Produkts	644
cc) Identität und Anschrift	644
dd) Gesamtpreis	645
ee) Zahlungs-, Liefer- und Leistungsbedingungen	645
ff) Rücktritt, Widerruf	645
gg) Unternehmereigenschaft Online-Marktplatz	646
d) Wesentliche Informationen gemäß § 5b Abs. 4 UWG	647
13. Bewertungen	647
a) Allgemein	647
b) § 5b Abs. 3 UWG	648
c) § 5 Abs. 1 iVm § 5 Abs. 2 Nr. 1 UWG	648
d) Schwarze Liste	648
aa) Nr. 23b Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG: Irreführung über die Echtheit von Verbraucherbewertungen	648
bb) Nr. 23c Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG: Gefälschte Verbraucherbewertungen ..	649
14. Ranking	649
a) Allgemeines	649
b) §§ 5a, 5b Abs. 2 UWG	650
c) Schwarze Liste	651
IV. Preisangabe und Gesamtpreis	651
1. Allgemeines, Rechtsgrundlagen	651
2. Preisregelungen als Marktverhaltensregelungen	652
3. Wesentliche Information gemäß § 5b Abs. 1 Nr. 3 UWG	652
4. Wesentliche Informationen gemäß § 5b Abs. 4 UWG	653
5. Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 über Luftverkehrsdienste	654
a) Vorrang der EU-Verordnung	654
b) Endpreisangabe	655
aa) Endpreis	655
bb) Öffentliches Medium, „stets“	655
cc) Flugpreis	656
dd) Flugzusatzkosten	656
c) Fakultative Zusatzleistung und Opt-in	657
aa) Art. 23 Abs. 1 S. 4 VO (EG) 1008/2008	657
bb) Fakultative Zusatzkosten	657
cc) Opt-in	658
d) Zahlungsentgelte, Servicegebühren	658
aa) Kredit- und Zahlkartengebühren	658
bb) § 312a Abs. 4 BGB	658
cc) § 270a BGB	660
dd) Art. 23 VO (EG) 1008/2008	661
e) Reisegepäck	661
f) Währung	662
aa) Art. 2 Nr. 18 VO (EG) 1008/2008	662
bb) Euro und Landeswährung	662
cc) Währungsaufschlag	663
g) Sanktionen	663
6. Preisangabenverordnung	663
a) Allgemeines	663
b) Gesamtpreisangabe	665
c) Serviceentgelt bei Reisevermittlung	666
d) „Zwangstrinkgeld“ auf Kreuzfahrten	667

	Seite
e) Auf- und Abschläge bei Pauschalreisen	667
f) Mietzinsangabe und Nebenkosten bei Ferienunterkünften	668
g) Kommunale Abgaben	669
h) Währung	670
i) Gaststätten, ähnliche Betriebe, Beherbergungsbetriebe	671
aa) Allgemeines	671
bb) Gesamtpreisangabe	671
cc) Gaststätten und ähnliche Betriebe	672
dd) Beherbergungsbetriebe	673
ee) Nutzung von Telekommunikationsanlagen	674
ff) Garagen, Einstellplätze oder Parkplätze	674
V. Unzumutbare Belästigung	674
1. Allgemeines	674
2. Belästigende geschäftliche Handlungen, § 7 Abs. 1 UWG	675
a) Generalklausel, § 7 Abs. 1 UWG	675
b) Werbebriefe, Prospekte, Flyer	676
c) Werbung im Internet	676
d) Straßenwerbung, Messen	676
3. Per-se-Verbote, § 7 Abs. 2 UWG, § 7 Abs. 3 UWG	677
a) Werbung mittels Telefonanrufe	677
b) Werbung mittels automatischer Anrufmaschinen und Fax	678
c) Werbung mittels elektronischer Post	678
d) Verbot anonymer elektronischer Direktwerbung	678
4. Hartnäckiges Ansprechen über Fernabsatzmittel, § 26 Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG ..	679
VI. Durchsetzung und Abwehr von Ansprüchen	679
1. Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	679
a) Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch	679
b) Schadensersatz- und Auskunftsanspruch	680
c) Gewinnabschöpfung	680
2. Anspruchsberechtigte und -verpflichtete	680
3. Unterlassungsklage (UKlaG)	681
4. Wettbewerbsverfahren	683
a) Zuständigkeit	683
b) Abmahnung	684
c) Einstweilige Verfügung	685
d) Güteverfahren	685
e) Verjährung	686

2. Teil. Reiseversicherungen

6. Kapitel. Allgemeines Reiseversicherungsrecht

§ 30 Allgemeiner Teil der Versicherungsbedingungen für die Reiseversicherung 2008/2021 (AT-Reise 2008/2021)	687
I. Allgemeines zu den Reiseversicherungen	688
1. Versicherungsprodukte, Musterbedingungen	688
2. Rechtsgrundlagen	688
II. Grundlagen zum Versicherungsvertrag	689
1. Vertragsschluss	689
a) Kollektivvertrag	689
b) Vermittlung durch Reiseveranstalter oder -büro	689
c) Direktvertrieb im Internet	690
d) Kreditkarte	690
e) Überweisungspolice	691
2. Versicherungsbedingungen, AGB-Recht	691
a) Vereinbarung der AVB	691
b) Inhaltskontrolle	691

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Widerrufsrecht	692
4. Informations- und Beratungspflichten	692
III. Versicherte Reise und Geltungsbereich (Ziff. 2 AT-Reise)	693
1. Begriff der Reise	693
2. Dauer der Reise	694
IV. Zahlung der Prämie (Ziff. 3 AT-Reise)	694
V. Beginn und Ende des Versicherungsschutzes (Ziff. 4 AT-Reise)	694
1. Reiserücktrittskostenversicherung	694
2. Reisegepäckversicherung	695
VI. Allgemeine Risikoausschlüsse (Ziff. 5 AT-Reise)	695
1. Kriege und vergleichbare Ereignisse (Ziff. 5.1 AT-Reise)	695
2. Streiks, politische Gewalthandlungen (Ziff. 5.2 AT-Reise)	696
3. Hoheitliche Beschlagnahme (Ziff. 5.3 AT-Reise)	696
4. Verwendung von Waffen mit gemeingefährlicher Wirkung (Ziff. 5.4 AT-Reise)	696
5. Kernenergie (Ziff. 5.5 AT-Reise)	696
6. Pandemien (Ziff. 5.6 AT-Reise)	696
VII. Obliegenheit nach Eintritt des Versicherungsfalles (Ziff. 6 AT-Reise)	697
VIII. Ansprüche gegen Dritte (Ziff. 7 AT-Reise)	697
IX. Zahlung der Entschädigung, Verjährung (Ziff. 8, 9 AT-Reise)	698
X. Internationales	698
1. Gerichtsstand	698
2. Anwendbares Recht	699
XI. Abdruck der Musterbedingungen AT-Reise (2008/2021)	699

7. Kapitel. Reiserücktrittskosten- und Reiseabbruchversicherung

§ 31 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiserücktrittskostenversicherung (VB-Reiserücktritt 2008/2021)	704
I. Gegenstand der Versicherung (Ziff. 1 VB-Reiserücktritt)	705
1. Allgemeines	705
2. Reiseantritt als zeitliche Zäsur	705
3. Erfasste Rücktrittskosten	706
a) „Stornokosten“	706
b) Vermittlungsentgelt	706
II. Versicherte Ereignisse und Risikopersonen (Ziff. 2 VB-Reiserücktritt)	707
1. Überblick	707
2. Erfasster Personenkreis	707
a) Versicherte Person	707
b) Risikoperson	707
3. Versicherte Ereignisse, Fallgruppen	708
a) Tod	708
b) Schwere Unfallverletzung	708
c) Unerwartete schwere Erkrankung	708
aa) AGB-rechtliche Vorüberlegungen	709
bb) „Erkrankung“	709
cc) „Schwer“	710
dd) „Unerwartet“	710
ee) Beispiele aus der Rechtsprechung	711
d) Impfunverträglichkeit	712
e) Schwangerschaft	712
f) Eigentumsschäden	712
g) Arbeitsplatzverlust	713
h) Arbeitsaufnahme	713
4. Unzumutbarkeit der Reisedurchführung	714
III. Ausschlüsse (Ziff. 3 VB-Reiserücktritt)	714
1. Verweis auf Ziff. 5 AT-Reise	714
2. Abschbare Ereignisse	715

	Seite
3. Psychische Reaktionen auf Krisen	715
4. Schübe bei chronischer psychischer Krankheit	715
5. Vermittlungsentgelte durch Stornierung	715
IV. Besondere Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalls (Ziff. 4, 5 VB-Reise- rücktritt)	716
1. Obliegenheiten	716
2. Rechtsfolgen	717
V. Selbstbehalt (Ziff. 6 VB-Reiserücktritt)	717
VI. Versicherungswert und Unterversicherung (Ziff. 7 VB-Reiserücktritt)	717
VII. Darlegungs- und Beweislast	718
VIII. Abdruck der Musterbedingungen VB-Reiserücktritt (2008/2021)	718
§ 32 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiseabbruchversicherung (VB-Reiseabbruch 2008/2021)	721
I. Gegenstand der Versicherung (Ziff. 1 VB-Reiseabbruch)	721
1. Allgemeines	721
2. Reiseantritt als zeitliche Zäsur	722
3. Reiseabbruch, Reiseunterbrechung	722
4. Erfasste Kosten	723
a) Ausgaben der Rückreise	723
b) Nicht genutzte Reiseleistungen	723
c) Verlängerter Aufenthalt	723
II. Versicherte Ereignisse und Risikopersonen (Ziff. 2 VB-Reiseabbruch)	724
1. Überblick	724
2. Erfasster Personenkreis	724
a) Versicherte Person	724
b) Risikoperson	724
3. Versicherte Ereignisse, Fallgruppen	725
a) Tod	725
b) Schwere Unfallverletzung	725
c) Unerwartete schwere Erkrankung	725
aa) AGB-rechtliche Vorüberlegungen	726
bb) „Erkrankung“	726
cc) „Schwer“	727
dd) „Unerwartet“	727
d) Eigentumsschäden	728
e) Nicht aufgezählte Ereignisse (Impfverträglichkeit, Schwangerschaft)	728
4. Unzumutbarkeit der Reisedurchführung	728
III. Ausschlüsse (Ziff. 3 VB-Reiseabbruch)	729
1. Verweis auf Ziff. 5 AT-Reise	729
2. Absehbare Ereignisse	729
3. Psychische Reaktionen auf Krisen	729
4. Schübe bei chronischer psychischer Krankheit	730
IV. Besondere Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalls (Ziff. 4, 5 VB-Reise- abbruch)	730
1. Obliegenheiten	730
2. Rechtsfolgen	731
V. Selbstbehalt (Ziff. 6 VB-Reiseabbruch)	731
VI. Versicherungswert und Unterversicherung (Ziff. 7 VB-Reiseabbruch)	731
VII. Darlegungs- und Beweislast	731
VIII. Abdruck der Musterbedingungen VB-Reiseabbruch (2008/2021)	732

8. Kapitel. Reisegepäckversicherung

§ 33 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reisegepäckversicherung (VB-Reisegepäck 2008/2021)	734
I. Allgemeines (Ziff. 1 VB-Reisegepäck)	734

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Gegenstand der Versicherung (Ziff. 2 VB-Reisegepäck)	735
1. Mitgeführtes Reisegepäck	735
a) Vorsätzliche Straftat	736
b) Unfall eines Transportmittels	736
c) Feuer, Explosion und Elementarereignisse	736
2. Aufgegebenes Reisegepäck	736
a) Abhandenkommen oder Beschädigung	736
b) Verspätung	736
III. Ausschlüsse und Einschränkungen (Ziff. 3 VB-Reisegepäck)	737
1. Geld, Wertpapiere	737
2. Motorbetriebene Land-, Luft-, Wasserfahrzeuge	737
3. Gesundheitliches Zubehör	738
4. Vermögensfolgeschäden	738
5. Video- und Fotogeräte, Schmuck	738
6. Sportgeräte	738
7. Vergessenes Gepäck	738
8. Vorsätzliche Herbeiführung	738
9. Weitere Einschränkungen	739
a) Summenmäßige Grenzen	739
b) Besondere Anforderungen bei Schmucksachen, Kostbarkeiten	739
c) Zelten, Camping	740
10. Sonderfall von Gepäck im abgestellten Fahrzeug	740
IV. Höhe der Entschädigung (Ziff. 4 VB-Reisegepäck)	741
1. Abhandenkommen, Zerstörung	741
2. Beschädigung	741
3. Ton- und Datenträger, Ausweisdokumente	742
V. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalls (Ziff. 5, 6 VB-Reisegepäck)	742
1. Obliegenheiten	742
2. Rechtsfolgen	742
VI. Selbstbehalt (Ziff. 7 VB-Reisegepäck)	742
VII. Versicherungswert und Unterversicherung (Ziff. 8 VB-Reiseabbruch)	743
VIII. Darlegungs- und Beweislast	743
IX. Abdruck der Musterbedingungen VB-Reisegepäck (2008/2021)	744

3. Teil. Beförderungsrecht

9. Kapitel. Grundlagen des Luftbeförderungsrechts

§ 34 Rechtsquellen des Luftbeförderungsrechts	753
I. Luftverkehr	754
1. Luftbeförderung von Personen und Gepäck	754
2. Fluglinienverkehr	754
3. Gewerblicher Gelegenheitsverkehr (Charter)	755
II. Rechtsquellen des Internationalen Einheitsrechts	755
1. Vorrang des Einheitsrechts	756
2. Montrealer Übereinkommen (MÜ)	756
3. Warschauer Abkommen (WA)	757
4. IATA Intercarrier Agreement	758
III. Europäisches Unionsrecht	758
1. VO (EG) Nr. 889/2002 über Haftung bei Unfällen	758
2. EG/EU-Verordnungen über Passagierrechte	759
3. VO (EG) Nr. 261/2004 über Fluggastrechte	760
4. VO (EG) Nr. 1107/2006 über Rechte von Fluggästen mit eingeschränkter Mobilität	760
5. VO (EG) Nr. 1008/2008 für Luftverkehrsdienste	761
6. VO (EG) Nr. 2111/2005 über die Identität des Luftfahrtunternehmens	762
IV. Nationale Rechtsquellen	763
1. BGB und Werkvertragsrecht des Luftbeförderungsvertrages	763

	Seite
2. Reisevertragsrecht und Flugpauschalreise	764
3. Luftverkehrsgesetz	764
4. Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) und PAngV	764
V. Auslegung der Rechtsakte	765
1. Montrealer Übereinkommen und Warschauer Abkommen	765
2. Unionsrecht	766
VI. Vorschriften zur internationalen Zuständigkeit und zum anwendbaren Recht	766
1. Vorschriften zur internationalen Zuständigkeit	766
a) Vorrang des MÜ	767
b) Brüssel Ia-Verordnung	767
c) Regelung bei Luftfahrtunternehmen aus Drittstaaten	768
2. Regelungen zum anwendbaren Recht	768
a) Kollisionsregeln und deren Rangverhältnis untereinander und zum Einheits- (sach)recht	768
b) Montrealer Übereinkommen	769
c) EU-Verordnungen	769
d) Rom I-VO für Luftbeförderungsvertrag	769
aa) Allgemeines	769
bb) Rechtswahl und objektive Anknüpfung	770
cc) Ausweikklausel	771
dd) Beförderungsvertrag kein Verbrauchervertrag	772
e) Deliktsstatut nach Rom II-VO	772
§ 35 Luftbeförderungsvertrag	774
I. Rechtsnatur des Luftbeförderungsvertrages	777
1. Werkvertrag	777
2. Anwendbarkeit deutschen Rechts	779
3. Flug	779
a) Begriff	779
b) Direktflug – Nonstop-Flug	780
4. Vertrag zu Gunsten Dritter	780
5. Nur-Flug als Werkvertrag	781
II. Vertragsparteien	782
1. Vertragliches Luftfahrtunternehmen	782
a) Luftfahrtunternehmen	782
b) Reiseveranstalter	782
c) Reiseunternehmen	783
d) Aufeinanderfolgende Beförderung	784
2. Fluggast	785
a) Begriff	785
b) Unentgeltliche Beförderung	785
c) Minderjährige; Arbeitnehmer	785
d) Sog. „Blinde Passagiere“	786
e) Bordpersonal	787
III. Unternehmen als Dritte	787
1. Ausführendes Luftfahrtunternehmen	787
2. Flughafenbetreiber	788
a) Infrastrukturunternehmen	788
b) Erfüllungsgehilfe des Luftfahrtunternehmens	790
IV. Vertragsschluss und Flugschein	790
1. Buchung	790
a) Kontrahierungszwang	790
b) Nichtbeförderung wegen Blockade-Gesetz	791
c) Formlosigkeit; Besonderheiten bei Online-Buchungen	793
d) Flugschein	794
2. Namensänderung	795
3. Rückbestätigung	797

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Einbeziehung von AGB in den Luftbeförderungsvertrag	798
1. Anwendbarkeit des AGB-Rechts	798
2. Einbeziehung mit Verbraucher	799
3. Einbeziehung mit Unternehmer	800
4. Anwendungsbereich des WA	800
VI. Pflichten des Luftfahrtunternehmens	801
1. Hauptleistungspflichten	801
2. Nebenleistungspflichten	802
3. Schadensersatz	802
4. Einzelfälle	803
a) Abfertigung des Fluggastes	803
b) Sicherheitskontrolle	805
c) Einreisebestimmungen	806
d) Fluggastdaten	808
e) Schutz- und Fürsorgepflichten	810
f) Privatrechtliche Weisungsbefugnis und hoheitliche Bordgewalt	811
VII. Pflichten des Fluggastes	813
1. Zahlung des Flugpreises	813
a) Preisfreiheit	813
b) Preisangabe	813
c) Vorauszahlung des Flugpreises	814
d) Preisirrtum	815
e) Nichtzahlung des Flugpreises	816
f) Flugprämienprogramm	816
g) Sonstiges	817
VIII. Kündigung durch den Fluggast („Stornierung“)	817
1. Freies Kündigungsrecht	817
2. Ausschluss des Kündigungsrechts in Beförderungs-/Tarifbedingungen	818
a) Individualvereinbarung oder AGB	818
b) Inhaltskontrolle	819
3. Rechtsfolgen	819
a) Erstattungsanspruch und Geltendmachung durch den Fluggast	819
b) Ersparte Aufwendungen oder anderweitiger Erwerb bei Kündigungsaus- schluss	820
4. Erstattung von Abgaben	821
5. Bearbeitungsentgelt	823
6. Reihenfolge der Benutzung der Flugcoupons (Cross-Ticketing)	824
IX. Nichtbeförderung des Fluggastes und Annullierung des Fluges	826
1. Reichweite der Haftung	826
a) Anwendung des Montrealer Übereinkommens	826
b) Anwendung der Fluggastrechte-VO	826
c) Luftbeförderung als relatives Fixgeschäft	826
2. Nichtbeförderung auf dem gebuchten Flug	828
a) Begriff	828
b) Umbuchung und Ersatzbeförderung	828
c) Änderung der Flugzeiten	828
3. Annullierung des Fluges	829
4. Rechtsfolgen beim Luftbeförderungsvertrag	830
a) Rücktritt vom Vertrag	830
b) Schadensersatz statt der Leistung	830
c) Vertretenmüssen bei Schadensersatz	831
d) Schaden	832
X. Flugverspätung	832
1. Konkurrenzen	832
2. Keine Preisminderung	833
XI. Sonstige Pflichtverletzungen	834
1. Vorrang des Montrealer Übereinkommens	834

	Seite
2. Einzelfälle	835
XII. Rechtsdurchsetzung	836
§ 36 Schlichtung im Luftverkehr	837
I. Notwendigkeit der Schlichtung	838
1. Allgemeines	838
a) Gesetz zur Schlichtung im Luftverkehr	838
b) Schlichtung in Verkehrssachen	838
c) Verbraucherstreitbeilegungsgesetz und ADR-Richtlinie	839
2. Flut von Beschwerden und Gerichtsverfahren	840
3. Hohes Prozessrisiko	840
4. Erfolgreiche Vorbilder	841
5. Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr (söp)	842
II. Privatrechtliche oder behördliche Schlichtung	842
1. Privatrechtlich organisierte Schlichtung	842
2. Behördliche Schlichtung	843
III. Kosten	843
1. Erhebung eines Entgelts/Gebühr	843
2. Fälle des Missbrauchs	844
IV. Inhalt der Regelung	844
1. Zahlungsansprüche des Fluggastes	844
2. Nichtbeförderung, Annullierung und Verspätung von Flügen	845
3. Reisegepäck	846
4. Behinderte oder mobilitätseingeschränkte Personen	846
V. Parteien	846
1. Verbraucher als Gläubiger	846
2. Luftfahrtunternehmen als Schuldner	847
VI. Zulässigkeit der Schlichtung	847
1. Gesetzlicher Ausschluss	847
2. Reisevertragliche Gewährleistungsrechte	848
3. Zuständigkeit deutscher Gerichte	848
4. Klärung grundsätzlicher Rechtsfragen	848
5. Rechtsweggarantie	849
6. Bindungswirkung des Vergleichs	849
VII. Verfahren	850
1. Luftverkehrsschlichtungsverordnung (LuftSchlichtV)	850
2. Information	850
3. Kosten außergerichtlicher Geltendmachung	850
4. Schlichtungsverfahren der söp	850
a) Mitgliedschaft	850
b) Schlichtungsablauf	850
c) Schlichtungsgegenstände im Luftverkehr; Einigungsquote	851
d) Bindungswirkung	851
e) Kosten (§ 12 Verfahrensordnung der söp)	852

10. Kapitel. Montrealer Übereinkommen

§ 37 Montrealer Übereinkommen zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr	853
I. Anwendungsbereich des MÜ	857
1. Internationales Einheitsrecht und Unionsrecht	857
2. Mitgliedstaaten des MÜ	857
II. Räumlicher und persönlicher Geltungsbereich	858
1. Allgemeines	858
2. Angleichung aller Regelwerke an das MÜ	859
a) Vorrang des MÜ zwischen Vertragsstaaten	859
b) Weitergeltung des WA	860

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Erstreckung des MÜ auf Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft	860
d) Schließung der Regelungslücken durch MontÜG	861
e) Schließung der Regelungslücken durch das LuftVG	862
f) Reiseveranstalter kein Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft	863
3. Abschließende Sonderregelung im Anwendungsbereich des MÜ	863
a) Sperrwirkung des Art. 29 MÜ	863
b) Immaterielle Schäden	864
c) Verschuldensunabhängige Gewährleistung des Reiseveranstalters	865
III. Urkunden und Pflichten der Parteien bei Beförderung von Reisenden und Reisegepäck	867
1. Beförderungsschein und Gepäckbeleg	867
2. Pflichten der Parteien	867
IV. Haftung des Luftfrachtführers bei Personenschäden	867
1. Unbegrenzte Haftung	867
a) Grundsatz	867
b) Erhöhung der Haftungshöchstbeträge	868
2. Sonderziehungsrecht (SZR)	868
3. Schadensereignis während Haftungszeitraum	868
a) Unfall	868
b) Haftungszeitraum	870
c) Luftverkehrstypische Gefahr	870
4. Kausalhaftung bis 128.821 SZR und Mitverschulden (Art. 20 MÜ)	874
5. Entlastungsbeweis	875
6. Art der Personenschäden	875
a) Tod und Hinterbliebenengeld	875
b) Körperverletzung und Schmerzensgeld	877
7. Ausschluss von Strafschadensersatz	878
8. Vorschusspflicht	878
9. Verjährung	879
V. Haftung bei Reisegepäckschäden	879
1. Allgemeines	879
2. Begriff des Reisegepäckes	879
3. Zerstörung, Verlust oder Beschädigung	880
4. Obhutszeitraum bei aufgegebenem Reisegepäck	881
5. Haftungsausschlüsse	882
6. Höchstbetrag	883
a) Absolute Grenze	883
b) Schaden	884
c) Wertdeklaration	884
d) Unbeschränkte Haftung	885
7. Bordgepäck und persönliche Gegenstände	885
8. Mitverschulden	885
VI. Schäden durch Verspätung	886
1. Allgemeines	886
2. Anwendungsbereich	887
a) Nationale und internationale Flüge	887
b) Konkurrenzen zur Verspätungsregelung der Fluggastrechte-VO	887
c) Konkurrenzen zum Werkvertrag	889
3. Begriff der Verspätung	890
a) Überschreiten der Beförderungsfrist	890
b) Erheblichkeitsgrenze	891
4. Luftfahrttypische Kausalität unerheblich	891
5. Haftungszeitraum	892
6. Entlastung	892
a) Verschulden des Luftfrachtführers	892
b) Entlastung für Verhalten Dritter	893
c) Mitverschulden	895

	Seite
7. Umfang und Höhe des Verspätungsschadens	895
a) Umfang	895
b) Höchstbeträge	896
c) Abweichende Bestimmungen	896
VII. Versicherungspflicht	897
VIII. Schadensanzeige	897
1. Personenschäden	897
2. Reisegepäck	897
a) Beschädigung und Verspätung	897
b) Form und Inhalt der Anzeige	899
c) Verlust und Zerstörung des Reisegepäcks	901
d) Fristversäumnis	901
IX. Verfahrensfragen	902
1. Informationspflichten und Beschwerdestelle	902
2. Internationaler Gerichtsstand	902
a) Vorrang des MÜ vor Brüssel Ia-VO	902
b) Fluggastrechte-VO	902
c) Fünf ausschließliche Gerichtsstände	903
3. Ausschlussfrist	905
a) Anwendungsbereich	905
b) Fristbeginn und Berechnung	905
4. Sachlegitimation	906
a) Aktivlegitimation	906
b) Passivlegitimation	906

**11. Kapitel. Verordnung (EG) Nr. 261/2004
über Fluggastrechte**

§ 38 Anwendungsbereich der Fluggastrechte-VO	916
I. Überblick	917
1. Bedeutung der Fluggastrechte-VO	917
a) Schutz durch standardisierte Leistungen als Mindestrechte	917
b) Regelungsgegenstand	918
c) Fluggastrechte vor BGH und EuGH	918
d) Reform	919
e) Inkrafttreten	920
2. Wesentlicher Inhalt	921
3. Vereinbarkeit mit Montrealer Übereinkommen	922
4. Auslegung der Verordnung	923
a) Autonome Auslegung	923
b) Hohes Schutzniveau	924
c) Amtssprache	924
d) Auslegungsleitlinien der Kommission	924
II. Begriffsbestimmungen	925
1. Luftfahrtunternehmen	925
2. Ausführendes Luftfahrtunternehmen	925
a) Legaldefinition	925
b) Beteiligung mehrerer Fluggesellschaften	926
3. Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft	927
4. Reiseunternehmen	927
5. Pauschalreise	927
6. Flugschein	927
7. Buchung	929
8. Endziel	929
9. Person mit eingeschränkter Mobilität	930
10. Nichtbeförderung	931
11. Freiwilliger	931

Inhaltsverzeichnis

	Seite
12. Annullierung	932
13. Nicht definierte Begriffe	932
III. Anwendungsbereich	933
1. Sachlicher Anwendungsbereich	933
2. Räumlicher Anwendungsbereich	933
a) Grundsatz	933
b) Flughafen im Gebiet eines Mitgliedstaates	934
c) Gibraltarklausel	935
d) EWR-Staaten	935
e) ECAA-Staaten	935
f) Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und Schweiz	935
3. Persönlicher Anwendungsbereich	937
a) Grundsatz	937
b) Begriff Flug	937
aa) Nonstop-Flug	937
bb) Hin- und Rückflug	938
cc) Zwischenlandung ohne Wechsel des Flugzeugs	938
dd) Zwischenlandung mit Wechsel des Flugzeugs/Anschlussflüge	939
ee) Verbindung Flug und Zug	941
c) Fluggast	942
aa) Anspruchsteller	942
bb) Tatsächlich beförderte natürliche Person	942
cc) Flugpauschalreise	943
dd) Mitarbeiter von Unternehmen	943
ee) Verbraucher oder Unternehmer	943
ff) Kundenbindungsprogramm	943
gg) Kostenlos reisende Fluggäste	944
hh) Nicht öffentlich reduzierter Tarif	945
ii) Helikopter	945
d) Anspruchsgegner	945
aa) Ausführendes Luftfahrtunternehmen	945
bb) Code-Share-Flug	946
cc) Wet-Lease	947
dd) Reiseveranstalter	949
e) Bestätigte Buchung	950
f) Rechtzeitiges Erscheinen	951
§ 39 Nichtbeförderung des Fluggasts	952
I. Nichtbeförderung	953
1. Legaldefinition	953
2. Weigerung der Beförderung	954
3. Anspruchsvoraussetzungen	954
II. Überbuchung	955
1. Wirtschaftlicher Hintergrund	955
2. Vorgänger-VO	955
3. Keine Flugverspätung	955
III. Nichtweiterbeförderung bei verpasstem Anschlussflug	956
1. Verweigerung der Beförderung	956
a) Willentliche Nichtbeförderung	956
b) Anschlussflug mit Zwischenlandung	956
c) Unannehmbare Beförderungsangebote	958
2. Einfinden zur Abfertigung	958
3. Weitere Ansprüche	959
a) Ausgleichszahlung bei Ankunftsverspätung	959
b) Nichtbeförderung und Luftbeförderungsvertrag	960
IV. Verlegung und Umbuchung auf anderen Flug	960
1. Verlegung auf anderen Flug durch Luftfahrtunternehmen	960

	Seite
a) Umgehungsgefahr und Schutzniveau	960
b) Antizipierte Nichtbeförderung	961
c) Check-in nicht notwendig	961
d) Rechtzeitige Unterrichtung des Fluggastes	961
2. Umbuchung durch Reiseveranstalter	962
V. Vertretbare Gründe der Nichtbeförderung	964
1. Persönliche Gründe	864
2. Einzelfälle	965
a) Körperliche Verfassung	965
b) Sicherheit	965
c) Unzureichende Reisepapiere	965
d) Betriebliche Gründe keine Entlastung	965
e) Cross-Ticketing	966
f) Außergewöhnliche Umstände	967
VI. Rechtsfolgen der Nichtbeförderung	967
1. Suche nach Freiwilligen	967
2. Ansprüche bei Nichtbeförderung	968
VII. Reformvorschlag	968
§ 40 Annullierung des Flugs	970
I. Tatbestand der Annullierung von Flügen	971
1. Begriff der Annullierung	971
a) Legaldefinition	971
b) Nichtdurchführung des geplanten Fluges	972
2. Abgrenzung zur Verspätung	972
3. Wesentliche Abweichung der Flugroute	973
4. Unplanmäßige Zwischenlandung	974
5. Umbuchung auf Ersatzflug	975
6. Vorverlegung des Flugs	975
II. Rechtsfolgen der Annullierung	977
1. Ansprüche ohne Entlastungsmöglichkeit	977
2. Ansprüche mit Entlastungsmöglichkeit	978
3. Außergewöhnliche Umstände bei Ankunftsverspätung und Vorverlegung	978
III. Rechtzeitige Information	978
1. Zeitpunkt	978
2. Pflicht des Luftfahrtunternehmens	979
3. Beweislast	981
IV. Außergewöhnliche Umstände bei Annullierung und Ankunftsverspätung	982
1. Begriff	982
a) Keine Legaldefinition	982
b) Nicht beherrschbares Vorkommnis	983
c) Ursachenzusammenhang und Vorflugproblematik	985
2. Zumutbare Maßnahmen	986
a) Grundsätze	986
b) Wirtschaftlicher Aufwand tragbar	988
c) Darlegungs- und Beweislast	989
3. Einzelfragen	990
a) Technische Probleme	990
aa) Grundsätze	990
bb) Einzelfälle	992
b) Schlechte Wetterbedingungen	994
aa) Allgemeines	994
bb) Einzelfälle	995
c) Schäden durch Vögel und Bienen	996
d) Flugsicherungsrisiken	998
e) Entscheidungen des Luftverkehrsmanagements	998
f) Flughafensperrung	999

Inhaltsverzeichnis

	Seite
g) Streik	1000
aa) Innerbetrieblich und außerbetrieblich	1000
bb) Beherrschbarkeit entscheidend	1001
cc) Entlastung	1002
h) Flughafenbetreiber	1004
aa) Grundsätze	1004
bb) Schneeräumung	1005
cc) Enteisierung	1005
dd) Beschädigungen des Flugzeugs	1006
i) Ausfall von Besatzungsmitgliedern	1008
j) Verzögerung der Abfertigung	1009
k) Belästigung durch Fluggäste	1009
l) Krieg, Bürgerkrieg oder Unruhen	1010
m) Insolvenz von Luftfahrtunternehmen oder Entzug der Betriebsgenehmi- gung	1010
n) COVID-19-Pandemie	1010
§ 41 Verspätung des Fluges	1012
I. Begriff der großen Verspätung	1013
1. Abflugverspätung	1013
2. Große Verspätung	1013
3. Zeitpunkt des Abflugs	1014
II. Ausgleichsleistung bei Ankunftsverspätung	1014
1. Ausgleichsleistung durch EuGH seit Sturgeon	1014
a) Grundsatz der Gleichbehandlung	1014
b) Akzeptanz durch Rechtsprechung und Literatur	1015
c) Bindung an EuGH	1016
2. Anschluss- und Zubringerflug	1017
3. Abflugverspätung nicht erforderlich	1017
4. Berechnung der Ankunftsverspätung	1017
III. Rechtsfolgen der Verspätung	1019
1. Allgemeines	1019
2. Betreuungsleistungen	1019
3. Unterstützungsleistungen (Rücktritt und Erstattung)	1019
4. Anderweitige Beförderung	1020
5. Ausgleichsleistung	1020
a) Außergewöhnliche Umstände	1020
b) Abzug einer Teilverspätung	1020
c) Kürzung	1021
d) Hypothetische Ankunftsverspätung	1021
IV. Reformvorschlag	1022
§ 42 Ansprüche des Fluggastes	1023
I. Ausgleichsanspruch (Art. 7 VO)	1026
1. Inhalt	1026
2. Rechtsnatur	1027
3. Höhe und Berechnung	1028
a) Höhe	1028
b) Berechnung der Flugstrecke	1028
4. Kürzung	1030
5. Fälligkeit und Zahlungen	1031
II. Erstattung oder anderweitige Beförderung (Unterstützungsleistungen Art. 8 VO)	1032
1. Charakter des Anspruchs	1032
2. Wahlrecht	1033
3. Erstattung	1034
4. Rückflug zum ersten Abflugort	1035
5. Ausnahme bei Pauschalreise	1036
6. Anderweitige Beförderung zum Endziel	1037

	Seite
7. Anderer Zielflughafen (Art. 8 Abs. 3 Fluggastrechte-VO)	1038
8. Verweigerung der Unterstützung	1039
III. Betreuungsleistungen (Art. 9 VO)	1040
1. Rechtsnatur	1040
a) Wiedergutmachungsleistungen	1040
b) Zwingendes Recht	1040
c) Außergewöhnliche Umstände	1041
2. Leistungen	1041
a) Umfang	1041
b) Personen mit eingeschränkter Mobilität und unbegleitete Kinder	1041
3. Leistungsfälle	1042
a) Allgemeines	1042
b) Hotelunterbringung	1042
4. Verweigerung der Betreuungsleistungen	1043
a) Schadensersatzanspruch	1043
b) Notwendig, angemessen und zumutbar	1044
c) Keine Anrechnung auf Ausgleichsleistung	1045
IV. Weitere Ansprüche der Verordnung (Art. 10, 11 VO)	1045
1. Höher- und Herabstufung	1045
2. Personen mit eingeschränkter Mobilität oder mit besonderen Bedürfnissen	1046
V. Weitergehender Schadensersatz (Art. 12 VO)	1047
1. Sinn und Zweck der Regelung	1047
2. Begriff des „weiter gehenden Schadensersatzes“	1048
3. Ersatzansprüche bei unterbliebenen Leistungen der Fluggastrechte-VO	1049
a) Unterbliebene Betreuungsleistungen	1049
b) Ansprüche wegen Schuldnerverzugs	1050
4. Schadensersatz nach Montrealer Übereinkommen	1051
a) Individueller Schaden	1051
b) MÜ neben FluggastrechteVO bei Verspätung	1051
c) Höchstgrenze	1052
5. Schadensersatzansprüche des Luftbeförderungsvertrages	1052
a) Nichtbeförderung und Annullierung	1052
b) Preisminderung bei Verspätung	1053
6. Ansprüche des Pauschalreisevertragsrechts	1053
a) Schadensersatz und Entschädigung wegen nutzlos aufgewendeter Urlaubszeit	1054
b) Minderung des Reisepreises	1055
7. Freiwilliger Verzicht	1057
8. Umgekehrte Anrechnung	1057
9. Vollzug der Anrechnung	1058
VI. Regressansprüche	1059
1. Zweck der Norm	1059
2. Regressanspruch	1060
VII. Reformvorschlag	1060
§ 43 Durchsetzung der Fluggastrechte	1062
I. Informationspflichten (Art. 14 VO)	1064
1. Hinweis	1064
2. Merkblatt	1064
3. Information über ausführendes Luftfahrtunternehmen	1065
4. Ersatz vorgerichtlicher Anwaltskosten	1066
II. Ausschluss der Rechtsbeschränkung (Art. 15 VO)	1067
1. Halbzwingendes Recht	1067
2. Zusätzliche Ausgleichsleistung	1067
III. Verstöße (Art. 16 VO)	1068
1. Beschwerde- und Durchsetzungsstelle	1068
2. Schlichtungsstelle	1070
IV. Bericht (Art. 17 VO)	1071
V. Inkrafttreten (Art. 19 VO)	1071

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VI. Rechtsdurchsetzung	1071
1. Anwendbares Recht	1071
2. Verjährung	1072
a) Nationale Regelverjährung	1072
b) Flugpauschalreise	1073
3. Sachlegitimation	1073
a) Allgemeines	1073
b) Abtretungsverbot	1073
4. Gerichtsstand	1074
a) Inlandsflug	1074
b) Montrealer Übereinkommen	1074
c) Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft	1074
d) Luftfahrtunternehmen aus Drittstaaten	1078
5. Streitwert	1079
VII. Reformvorschlag	1079

12. Kapitel. Sonstige Verkehrsträger

§ 44 Bahnverkehr	1080
I. Überblick und rechtliche Rahmenbedingungen	1081
1. Einführung	1081
2. Internationaler und europäischer Kontext	1082
3. Nationale Bestimmungen	1082
II. Supranationale Haftung für Verspätungen, verpasste Anschlüsse und Zugausfälle (Art. 17 ff. VO (EU) 2021/782)	1083
1. Reformierte EU-Verordnung	1083
2. Reichweite	1083
a) Gegenstand	1083
b) Anwendungsbereich	1083
3. Recht auf Fahrpreiserstattung, geänderte Weiterreise (Art. 18 VO (EU) 2021/782) ..	1084
a) Erforderliche Verspätungsdauer	1084
b) Fahrpreiserstattung	1085
c) Weiterreise mit geänderter Streckenführung	1085
4. Recht auf Entschädigung (Art. 19 VO (EU) 2021/782)	1086
a) Grundlegendes	1086
b) Ausschlussgründe	1087
aa) Kritische Anmerkungen	1088
bb) Ausschluss für außergewöhnliche Umstände	1089
cc) Ausschluss für Verschulden des Fahrgastes	1090
dd) Ausschluss für das Verhalten Dritter	1090
c) Antrags- und Auszahlungsmodalitäten	1091
d) Weitergehende Haftung bei Verspätungen und Ausfällen (Art. 17 VO (EU) 2021/782 iVm Art. 32 Anhang I VO (EU) 2021/782)	1091
5. Recht auf Hilfeleistung (Art. 20 VO (EU) 2021/782)	1092
III. Supranationale Haftung für Personen- und Sachschäden (Art. 26 ff. Anhang I VO (EU) 2021/782)	1093
1. Allgemeines	1093
2. Einstandspflicht für Personenschäden	1094
a) Anspruchsgrundlage	1094
b) Ausschlussgründe	1094
c) Umfang	1094
d) Sonstige Haftung	1095
3. Einstandspflicht für Sachschäden	1095
a) Handgepäck	1095
aa) Begriff	1095
bb) Verschuldensunabhängige Haftung	1095
cc) Verschuldensabhängige Haftung	1096

	Seite
b) Reisegepäck	1096
aa) Begriff	1096
bb) Anspruchsgrundlage	1096
cc) Ausschlussgründe	1096
dd) Umfang	1097
ee) Besonderheiten bei beförderten Fahrzeugen	1097
IV. Besondere nationale Vorschriften	1099
1. Vertragliche Regelungen	1099
a) Pauschalreiserecht (§§ 651a ff. BGB)	1099
b) Werkvertragsrecht (§§ 631 ff. BGB)	1099
2. Eisenbahn-Verkehrsordnung (EVO)	1100
a) Anwendungsbereich	1100
b) Erhöhtes Beförderungsentgelt	1100
c) Geänderte Weiterreise bei Verspätungen	1100
3. Haftpflichtgesetz	1101
a) Regelungsinhalt	1101
b) Anspruchsgrundlage bei Personen- und Sachschäden	1101
c) Ausschlussstatbestände	1102
d) Mitverschulden	1102
e) Haftungsumfang	1103
3. Deliktsrecht (§§ 823 ff. BGB)	1103
V. Internationales	1104
1. Anwendbares Recht	1104
2. Internationaler Gerichtsstand	1104
VI. Außergerichtliche Streitbeilegung, Schlichtung	1104
§ 45 Busverkehr	1105
I. Überblick und rechtliche Rahmenbedingungen	1106
1. Allgemeines	1106
2. Europäischer Kontext	1107
3. Nationale Bestimmungen	1107
II. Supranationale Haftung für Verspätungen und Ausfälle (Art. 19 ff. VO (EU) Nr. 181/2011)	1107
1. EU-Verordnung	1107
2. Reichweite	1108
a) Gegenstand	1108
b) Anwendungsbereich	1108
aa) Liniendienstleistungen	1108
bb) Gelegenheitsverkehrsdienste	1109
cc) Pauschalreisen	1109
3. Recht auf Fahrpreiserstattung, geänderte Weiterreise (Art. 19 VO (EU) Nr. 181/2011)	1110
4. Recht auf Entschädigung (Art. 19 Abs. 2 VO (EU) Nr. 181/2011)	1111
a) Grundlegendes	1111
b) Kritische Anmerkungen	1111
5. Recht auf Hilfeleistung (Art. 21 VO (EU) Nr. 181/2011)	1113
a) Verpflegung	1113
b) Unterbringung	1113
c) Kritische Anmerkungen	1114
d) Information	1115
III. Supranationale Haftung für Personen- und Sachschäden (Art. 7 VO (EU) Nr. 181/2011)	1115
1. Pauschaler Verweis auf nationales Recht	1115
2. Umfang des Schadensersatzes	1116
3. Exkurs: Zulässigkeit der Mitnahme von Rollstühlen	1116
IV. Besondere nationale Vorschriften	1117
1. Vertragliche Regelungen	1117

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Pauschalreiserecht (§§ 651a ff. BGB)	1117
b) Werkvertragsrecht (§§ 631 ff. BGB)	1117
aa) Vertragsschluss, AGB	1117
bb) Bezahlung des Fahrpreises, Fälligkeit	1118
cc) Widerruf, Kündigung	1119
dd) Mängelrechte	1120
2. Personenbeförderungsrecht (§§ 1 ff. PBefG)	1120
3. Gefährdungshaftung, Deliktsrecht	1121
V. Internationales	1122
1. Anwendbares Recht	1122
a) Rechtswahl	1122
b) Objektive Anknüpfung	1123
2. Internationaler Gerichtsstand	1123
a) Gerichtsstandsvereinbarung	1123
b) Objektive Bestimmung	1123
VI. Außergerichtliche Streitbeilegung, Schlichtung	1124
§ 46 Schiffsverkehr	1126
I. Überblick und rechtliche Rahmenbedingungen	1127
1. Allgemeines	1127
2. Internationaler und europäischer Kontext	1128
3. Nationale Bestimmungen	1129
II. Supranationale Haftung für Verspätungen und Annullierungen (Art. 16 ff. VO (EU) Nr. 1177/2010)	1129
1. EU-Verordnung	1129
2. Reichweite	1129
a) Gegenstand	1129
b) Anwendungsbereich	1130
aa) Personenverkehrsdienste mit Einschiffungshafen im Mitgliedstaat	1130
bb) Personenverkehrsdienste mit Ausschiffungshafen im Mitgliedstaat	1130
cc) Sonderfall Kreuzfahrt	1130
3. Recht auf Fahrpreiserstattung, anderweitige Beförderung (Art. 18 VO (EU) Nr. 1177/2010)	1131
4. Recht auf Entschädigung (Art. 19 VO (EU) Nr. 1177/2010)	1132
a) Grundlegendes	1132
b) Ausschlussgründe	1134
c) Modalitäten der Auszahlung	1134
5. Recht auf Hilfeleistung (Art. 17 VO (EU) Nr. 1177/2010)	1135
III. Supranationale Haftung für Personen- und Sachschäden (Art. 3 ff. Anhang I VO (EG) Nr. 392/2009)	1136
1. Internationales Abkommen und EU-Verordnung	1136
2. Reichweite	1136
a) Gegenstand	1136
b) Anwendungsbereich	1137
3. Haftung für Personenschäden	1137
a) Schifffahrtseignis	1137
aa) Verschuldensunabhängige Haftung bis 250.000 Rechnungseinheiten	1138
bb) Haftung für vermutetes Verschulden bei höherem Schaden	1138
b) Sonstige Ereignisse	1139
c) Mitverschulden	1139
d) Allgemeine Haftungshöchstgrenze	1139
e) Verjährung	1140
4. Haftung für Sachschäden	1140
a) Gepäckart	1140
aa) Kabinengepäck	1140
bb) Sonstiges Gepäck	1140
cc) Sonderfall Wertsachen	1140

	Seite
b) Mitverschulden	1141
c) Haftungsbeschränkung, Selbstbehalt	1141
d) Anzeigeobliegenheit	1142
e) Verjährung	1142
IV. Besondere nationale Vorschriften	1142
1. Vertragliche Regelungen	1142
a) Pauschalreiserecht (§§ 651a ff. BGB)	1142
b) Werkvertragsrecht (§§ 631 ff. BGB)	1143
c) Mietrecht (§§ 535 ff. BGB)	1143
2. Personenbeförderungsrecht (§§ 536 ff. HGB)	1144
a) Hintergrund	1144
b) Anwendungsbereich	1144
c) Überblick zur Haftung für Personen- und Gepäckschäden	1144
d) Verhältnis zu anderen Vorschriften	1145
V. Internationales	1145
1. Anwendbares Recht	1145
2. Internationaler Gerichtsstand	1145
VI. Außergerichtliche Streitbeilegung, Schlichtung	1145

4. Teil. Gastaufnahmerecht

13. Kapitel. Beherbergung

§ 47 Beherbergungsrecht	1147
I. Rechtsgrundlagen des Beherbergungsverhältnisses	1151
1. Begriffe	1151
a) Beherbergungsverhältnis	1151
b) Beherbergungsbetrieb	1151
2. Mietrecht	1151
a) Gemischter Vertrag	1151
b) Vermietung an Touristen (AirBnB)	1152
aa) Vertragsschluss (zwischen Gastgeber und Gast)	1152
bb) Folgeprobleme der kurzzeitigen Vermietung von Wohnraum an Touristen ..	1153
cc) Regulierungs- und Kontrollmechanismen	1154
dd) Steuerrechtlich motivierte Meldepflichten	1155
ee) Meldepflichten zur Planbarkeit des Tourismusaufkommens	1155
ff) Marktregulierung über den Digital Service Act (DSA)	1155
gg) Marktregulierung über den Digital Markets Act (Gesetz der digitalen Märkte)	1156
3. Pauschalreisevertrag	1156
a) Begriff der Pauschalreise	1157
b) Beherbergung	1157
c) Sonstige touristische Leistung	1157
d) Wesensmäßiger Bestandteil	1158
e) Nutzlos aufgewendete Urlaubszeit	1158
f) Kuraufenthalt	1158
4. Gastwirtshaftung für eingebrachte Sachen	1159
5. Deliktsrecht	1159
6. Allgemeine Geschäftsbedingungen	1159
a) Allgemeines	1159
b) IHA/UFTAA-Richtlinie	1160
7. Gewerbe- und gaststättenrechtliche Vorschriften	1160
a) Allgemeines	1160
b) Gaststättenerlaubnis nicht für Beherbergungsbetrieb	1160
8. Wettbewerbsrecht	1160
II. Vertragsschluss	1160
1. Schriftliche Buchung	1160
2. Persönliche, telefonische und online Buchung	1162

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Persönliche und telefonische Buchung	1162
b) Elektronischer Vertragsschluss	1162
c) Kein Widerrufsrecht bei Beherbergung	1163
d) Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	1163
e) Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr gegenüber Verbrauchern	1164
3. Hotelreservierungsvertrag	1165
a) Geschäftsreise von Mitarbeitern	1165
b) Hotelreservierung durch Reiseunternehmen	1165
c) Inhalt	1166
4. Einbeziehung von AGB	1167
5. Sonderfragen	1167
a) Minderjährige	1167
b) Schlüsselgewalt	1168
c) Einzelbelegung eines Mehrbett-Zimmers	1168
d) Hausrecht und Gleichbehandlung	1168
e) Erwachsenen-Hotel	1169
f) Wettbewerbsrecht	1170
g) Meldepflicht für Beherbergungsstätten	1170
h) Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)	1171
III. Nichtbenutzung der Unterkunft	1171
1. Vertragsaufhebung	1171
2. Persönliche Verhinderung des Gastes	1172
3. Objektive Umstände der Nichtbenutzung	1173
4. Nichtbereitstellen der Unterkunft	1174
a) Bereithaltung des Zimmers	1174
b) Anderweitige Vergabe	1175
5. Rücktritt vom Hotelreservierungsvertrag	1175
a) Vereinbartes Rücktrittsrecht	1175
b) Einbeziehung von AGB	1176
c) Stillschweigend vereinbartes Rücktrittsrecht	1176
d) Handelsbrauch	1177
6. Umsatzsteuer bei „Stornokosten“	1178
IV. Vertragliche Pflichten des Hoteliers und des Gastes	1179
1. Hotelier	1179
a) Vertragsgemäße Nutzbarkeit der Räume	1179
b) Nebenleistungen	1179
c) Zurechenbarkeit von Internetverstößen des Gastes	1179
d) Haftungsausschluss	1180
2. Gast	1180
a) Zimmerpreis	1180
b) Zusatzleistungen und Gebühren	1181
c) Obhutspflichten	1182
d) Zimmerschlüssel	1182
e) Aufenthaltsdauer	1183
f) Besuch	1183
g) Tiere	1183
V. Kündigung des Vertrags	1184
1. Kündigung durch Gast	1184
a) Ordentliche Kündigung	1184
b) Außerordentliche Kündigung	1184
2. Kündigung durch Hotelier	1185
a) Vertragswidriger Gebrauch	1185
b) Unzumutbares Verhalten	1185
VI. Mangelhafte Hotelleistungen	1186
1. Mangelbegriff	1186
a) Fehler	1186
b) Zugesicherte Eigenschaft	1186

	Seite
2. Mängelbereiche	1187
a) Unterkunft	1187
b) Verpflegung	1187
c) Dienstleistungen	1187
d) Freizeitrisiko	1187
e) Parkplätze	1188
3. Rechte des Gastes	1189
a) Anzeigepflicht	1189
b) Preisminderung	1189
c) Schadensersatz	1189
d) Verschulden bei Vertragsschluss	1190
e) Kündigung	1190
4. Darlegungs- und Beweislast	1190
VII. Deliktshaftung	1190
1. Anwendungsbereich	1190
2. Verletzung von Verkehrssicherungspflichten	1191
a) Bestehen einer Verkehrssicherungspflicht	1191
b) Umfang und Schaden	1191
c) Türen und Wege	1191
d) Treppen und Stufen	1191
e) Badezimmer	1192
f) Zugänge und Parkplätze	1192
g) Schneefanggitter	1192
h) Freizeitanlagen	1193
i) Brandschutz	1193
3. Verletzung eines Schutzgesetzes	1193
4. Haftung für Verrichtungsgehilfen	1193
5. Haftung bei Einsturz eines Gebäudes	1193
6. Tierhalterhaftung	1193
VIII. Besondere Beherbergungsverhältnisse	1194
1. Ferienunterkunft und Hotelzimmer vom Reiseveranstalter	1194
a) Rechtslage bis 1.7.2018	1194
b) Neues Pauschalreiserecht	1194
2. Vermietung durch Beherbergungsunternehmen	1195
a) Vertragsabschluss	1195
b) Vermittlung des Beherbergungsvertrages	1195
c) Mietbedingungen für private Ferienwohnungen und Zimmer	1196
3. Mangelhafte Leistungen bei Ferienunterkünften	1197
a) Allgemeines	1197
b) Einzelfälle	1197
4. Campingplatz	1198
a) Rechtsgrundlagen	1198
b) Haftung für Mängel	1199
IX. Verfahrensfragen	1199
1. Verjährung	1199
2. Sachliche Zuständigkeit des Gerichts	1199
3. Gerichtsstand	1200
a) Einheitlicher Erfüllungsort	1200
b) Ausschließlicher Gerichtsstand	1201
4. Internationaler Gerichtsstand	1201
a) Allgemeiner Gerichtsstand	1201
b) Ausschließliche Zuständigkeit	1201
c) Verbrauchergerichtsstand	1202
d) Pauschalreise	1203
e) Gerichtsstandsvereinbarung	1203
5. Anwendbare Rechtsordnung	1203
a) Rechtswahl	1203

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Recht des Beherbergungsorts	1203
X. COVID-19-Pandemie	1204
1. Einführung	1204
2. Beschränkungen	1204
3. Reiserechtliche Einordnung	1204
a) Unmöglichkeit	1205
b) Störung der Geschäftsgrundlage	1206
c) Rücktritt vom Pauschalreisevertrag	1207
4. Sonstiges	1208
§ 48 Einbringung von Sachen bei Gastwirten	1209
I. Zweck der Regelung	1210
1. Allgemeines	1210
2. Entstehungsgeschichte	1210
3. Keine abschließende Regelung	1210
II. Haftungsvoraussetzungen	1212
1. Inhaber eines Beherbergungsbetriebes	1213
2. Gastaufnahme	1214
3. Eingebraachte Sachen	1214
a) Sacheinbringung	1214
b) Leute des Gastwirts	1215
c) Eigentumslage unerheblich	1215
d) Einbringungszeit	1215
e) Schaden	1215
4. Haftungsausschluss	1215
a) Alleinverursachung	1215
b) Sachbeschaffenheit	1216
c) Höhere Gewalt	1216
5. Nicht geschützte Objekte	1216
III. Summenmäßige Haftungsbeschränkung	1217
1. Allgemeines	1217
2. Geld, Wertpapiere, Kostbarkeiten	1218
a) Höchstgrenze	1218
b) Begriffe	1218
IV. Unbeschränkte Haftung	1219
1. Schuldhaftige Verursachung	1219
2. Aufbewahrung	1220
3. Ablehnung der Aufbewahrung	1220
V. Erlass der Haftung	1220
1. Unabdingbarkeit der summenmäßigen Beschränkung	1220
2. Freizeichnungsmöglichkeit	1221
a) Zulässigkeit	1221
b) Form	1221
VI. Anzeigepflicht	1221
1. Unverzügliche Anzeige	1221
2. Ausnahmen	1222
VII. Pfandrecht des Gastwirts	1222
VIII. Prozessuale Fragen	1222
1. Darlegungs- und Beweislast	1222
2. Verjährung	1223
3. Gerichtszuständigkeit	1223

14. Kapitel. Gastronomie

§ 49 Bewirtschaftungsrecht	1224
I. Rechtsgrundlagen	1225
1. Werklieferungsvertrag	1225
2. Verkehrssicherungspflicht	1225

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Vertragsschluss	1225
1. Einigung	1225
2. Tischreservierung	1226
3. Abschlussfreiheit und Hausrecht des Wirts	1226
4. Benachteiligungsverbot des AGG	1227
5. Bestellpflicht	1227
6. Gewerberechtliche Pflichten	1227
III. Pflichten der Parteien	1228
1. Gastwirt	1228
2. Gast	1228
a) Preis	1228
b) Zahlungsunfähigkeit	1229
c) Schutz- und Nebenpflichten	1229
d) Rauchen	1229
IV. Mangelhafte Beköstigung	1229
1. Sachmängel	1230
2. Rechte bei Sachmängeln	1231
3. Sonstige Pflichtverletzungen	1231
4. Gastrokritik	1231
5. Deliktshaftung	1232
6. Produkthaftung	1232
V. Schutzpflichten des Wirts	1233
1. Garderobe	1233
a) Grundsätzlich keine Haftung	1233
b) Verwahrungsvertrag	1233
2. Betrunkene Gäste	1233
3. Verkehrssicherungspflichten	1234
VI. Prozessuale Fragen	1234
1. Darlegungs- und Beweislast	1234
2. Verjährung	1235
3. Gerichtsstand	1235

Anhang

Kemptener Reisemängeltabelle	1237
Sachverzeichnis	1313

